Dienstag, 23. Januar 1923. | Einzelnummer 100 Mark. | 62. Jahrgang. Nr. 17.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 2500.—
in den Ausgabestellen 2600.—
durch Zeitungsboten 2700.—
am Postamt ...... 3000 —
ins Ausland 4600 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Posen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Po...er Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 100.— M. Reklameteil. 300.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 100.— p. M., „ Reklameteil 300.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Aussichten Deutschlands im Widerstand gegen Frankreich.

An dem Tage, da Poincaré seine Truppen ins Ruhrgebiet einrücken ließ und an dem Deutschland zeigte, daß es diesem Gewaltschritt passiven, aber entschlossenen Widerstand entgegensetzen wolle, begann ein neuer Abschnitt der europäischen Geschichte. Die deutsche Regierung hat die Bahn der Erfüllungspolitik verlassen und Frankreich ein kühnes „Halt" zugerufen. Es hat sich eine vollkommen geschlossene nationale Einheitsfront gebildet, die den Absichten des Feindes einen zähen Widerstand entgegensetzt. Die Unersättlichkeit der Franzosen, die wegen eines Rückstandes von nur 1,5 v. H. der gesamten Jahreslieferung ihren brutalen Angriff unternahmen, erleichterte diesen Schritt. Obgleich nicht der Krieg erklärt wurde, sondern Poincaré mit einem dreisten Advokatenkniff die Truppen, die inzwischen schon die Stärke eines Armeekorps erreicht haben als bloße Schutzmannschaft für die Ausbeutungsingenieure hinstellt, so besteht doch tatsächlich ein latenter Kriegszustand zwischen den beiden Nachbarn. Auf Befehl der deutschen Regierung wurden alle Lieferungen von Reparationskohle eingestellt. Mehr und mehr bemächtigt sich Unbehagen und Nervosität über den nicht erwarteten Widerstand der französischen Eindringlinge. Man fällt aus der angenommenen Rolle und droht den mannhaft ihre Mitwirkung verweigernden Industriellen mit Verhaftung und Kriegsgericht — und das bei einer angeblich gar nicht militärischen Aktion.

Die erste Woche der Besetzung hat für Frankreich das lächerliche Ergebnis von 597 To. Steinkohle und 5800 To. Koks gehabt, während sonst wöchentlich gegen 500 000 To. Kohle geliefert wurden. Es heißt jetzt: biegen oder brechen. Frankreich wird durch den deutschen Widerstand zu immer weitergehenden und schärferen Maßnahmen gezwungen werden. Aber gerade dadurch wird der ganze Einbruch sich als ungeheurer Fehlschlag erweisen, wenn nur die Nerven des deutschen Volkes fest bleiben. Wenn Deutschland trotz der zu erwartenden Not im Widerstand durchhält, dann kann der friedensbrecherische Streich Poincarés zu einem gewaltigen Fiasko für die Franzosen führen. Aus sich heraus, aus eigener Kraft, vermag die französische Volkswirtschaft ihren Staat und seine Unternehmungsgelüste nicht mehr zu tragen.

Frankreich mißbrauchte die deutschen Kohlenlieferungen zu unlauterem Wettbewerbe seiner Industrie. Die deutschen Kohlen mußten zum Inlandspreis geliefert werden. Im Interesse der deutschen Bevölkerung hielt die Berliner Regierung die Kohlenpreise auf einer weit niedrigeren Stufe als dem Weltmarktpreis. Nach französischen Berechnungen handelte es sich dabei bis Februar 1922 um 1.13 (nach einem anderen Anschlag um etwa 1.61) Milliarden Francs, die Frankreich so ganz nebenbei in die Tasche steckte, ohne Deutschland auch nur einen Centime anzurechnen. Durch die deutschen Kohlenlieferungen hat sich Frankreich vom englischen Kohlenmarkt freigemacht und außerdem die übrigen Eisen hervorbringenden Länder (darunter England, Belgien, Amerika) geschädigt, indem man Ausfuhrprämien für einheimische Eisenerzeugnisse (nur aus französischem Roheisen) gewährte. Immer weitere Zweige der französischen Eisenindustrie, u. a. die Lokomotivfabriken, erhoben nach dem französischen Fachblatt „Usine" Anspruch auf diese Ausfuhrprämien vom überschüssigen Ertrag der deutschen Kohle. Ende November meldeten sich auch die Maschinenfabriken, um einen Anteil zu erhalten. Von diesen wurde aber verlangt, daß sie erst Tabellen ausarbeiten sollten, in denen die Mengen der in den einzelnen Maschinen enthaltenen Roheisenmengen angegeben würden. Man sagt, daß die kürzlich erfolgte Fertigstellung dieser Tabellen viel zur Beschleunigung des Poincaréschen Anschlages auf das Ruhrgebiet beigetragen habe. Durch solche Machenschaften mißbraucht Frankreich die deutschen Sachleistungen, die schwere Opfer für Deutschland bedeuten. Statt zur Besserung der Staatsfinanzen und zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete werden die erzielten Summen zur Förderung der französischen Privatindustrie und zur Schädigung der Industrien anderer Völker benutzt.

Dieses Treiben hat jetzt durch die Einstellung der deutschen Kohlenlieferungen ein Ende gefunden. Zweifellos besitzen die Franzosen die Machtmittel, um unter Umständen sogar große Teile Deutschlands zu besetzen und das Reich aufzuteilen. Zu solchen Unternehmungen selbst gegen ein wehrloses Volk aber gehört Geld und noch einmal Geld. Und damit steht es sehr schlecht. Der deutsche Wirtschaftspolitiker Dr.-Ing. Tafel äußert sich hierüber in der „Deutschen Zeitung": „Aus dem wiedereroberten Elsaß-Lothringen hat Frankreich noch keinen Pfennig herausgezogen; die Zuschüsse, die es erfordert, vergrößern dauernd den Fehlbetrag in der Staatskasse. Das unter französische Fuchtel geratene Saargebiet verelendet und ist weit davon entfernt, Frankreich etwas einzubringen. Schon die Angliederung oder wirtschaftliche Durchdringung des Rheinlandes könnte den Zusammenbruch der französischen Finanzen herbeiführen. Wäre dies nicht der Fall, so wäre die Angliederung längst erfolgt. — Jetzt kommt noch die Besetzung des Ruhrgebietes hinzu, und bald, wenn diese erfolgt ist, wird der französische Franc immer mehr in die Tiefe sinken. Bis jetzt konnte die französische Zahlungsbilanz nur mit Hilfe der deutschen Devisenzahlungen künstlich im Gleichgewicht gehalten werden. Eine merkliche Verschlechterung der Auslandsvaluta würde aber in dem Rentnerstaat Frankreich viel verheerendere Wirkungen hervorrufen als in dem Arbeiterstaat Deutschland. Das tritt schon jetzt deutlich in die Erscheinung; in der französischen Presse wird bewegliche Klage darüber geführt, daß der Franc dem Dollar gegenüber gegen Ende April vorigen Jahres in eine Abwärtsbewegung eingetreten ist, die keinerlei Neigung zeigt zum Stehen zu kommen."

Diese absinkende Bewegung des Franc ist auch die Ursache, weshalb die französische Kammer und weite Kreise des Volkes hinter der Poincaréschen Gewaltpolitik stehen. Die Nachgiebigkeit der deutschen Politik hat Frankreich verwöhnt und die Bevölkerung, der durch die im Solde der Industrie arbeitende Presse die wahre Lage Deutschlands verschwiegen wird, hofft von Gewaltmaßnahmen doch noch einen Geldertrag. Wie groß wird die Enttäuschung sein, wenn alles nichts hilft und das Ruhrunternehmen nur innere größere Löcher in die französischen Finanzen reißt und die Valuta weiter zum Sinken bringt!

Nach der Programmrede Sikorskis.

Die Rede, in der der gegenwärtige Ministerpräsident am Freitag im Sejm sein Programm entwickelte, wird in der Presse sehr lebhaft besprochen und von den Blättern der Rechten zum Teil geradezu aggressiv abweisend behandelt. Als Probe der Tonart, die dabei angeschlagen wird, mag dienen, was der „Dziennik Poznański" in seiner Sonntagsausgabe darüber schreibt. „Endlich" — so beginnt der Warschauer Berichterstatter des „Dziennik" seinen Bericht —, „hat der Herr Premier in Generalsuniform die Kühnheit aufgebracht, sich dem Sejm vorzustellen. Er hat jedoch keine lebhaftere Bewegung hervorgerufen in dem Saal, der schon bessere Vertreter des mit Unwissenheit verbundenen entfesselten Ehrgeizes sah, z. B. Herrn Arthur Śliwiński. — Das Haus hörte den General Sikorski aufmerksam an und wunderte sich über die Methoden, die er bei seinem ersten programmatischen Auftreten anwandte, um die billige Popularität der Linken zu gewinnen. Die Linke applaudierte ihm denn auch reichlich für seine jeden ernsten Politiker kompromittierende Darstellung der Dezember-Vorgänge, bei denen — nach der Schilderung des Generals Sikorski — Barrikaden und Bolschewisten eine sehr ernste Rolle spielten. Von der Rechten wurden seine herausfordernden Phrasen sofort richtiggestellt, — besonders, als er sich auf die Meinung der teilweise von den offiziösen Meldungen der polnischen Telegraphen-Agentur beeinflußten Auslandspresse berief, auf den einheitlichen Standpunkt der Arbeitermassen, ferner als er von den Kampforganisaitonen der Jugend sprach, ohne auch nur mit einem Wort die sozialistischen Kampforganisationen zu erwähnen. Ironische Bravorufe erhielt er auch von der Rechten, und zwar an der Stelle, an der er davon sprach, daß es den höchsten Beamten an Staats- und Rechtsgefühl mangle und daß sie den Unterschied zwischen Willkür und starker Regierung nicht verständen. — Der Staatsverwaltung widmete er eine umfangreiche, aber oberflächliche Kritik. Die größte Überraschung aber brachte das Finanzprogramm des Generals Sikorski. Es enthielt nur einen schwachen Nachhall der Beschlüsse der ehemaligen Finanzminister. Sorgfältig umging General Sikorski alles, was in diesen Beschlüssen der Linken unerwünscht war. Dagegen hätte das, was er von den nationalen Minderheiten sagte, den Beifall der Rechten gefunden, wenn seine Worte der Ausdruck ehrlicher Überzeugung gewesen wären und nicht die Folge des Bemühens, weiten Kreisen der Bevölkerung zu gefallen. Im allgemeinen bestätigte General Sikorski durchaus die jetzt im Lande immer allgemeiner werdende Ansicht, daß er nur ein geschickter Demagog ist, obwohl er selbst die angebliche Demagogie der Rechten oft erwähnte."

Was sagte General Sikorski von den nationalen Minderheiten?

Der Absatz der Programmrede des Ministerpräsidenten, in dem er von den nationalen Minderheiten sprach, lautet:

„Indem ich von der Innenpolitik spreche, kann ich die Frage der nationalen Minderheiten in Polen nicht mit Schweigen umgehen. Polen ist ein Nationalstaat, nicht aber ein Staat nationaler Kämpfe.

Schon vor 350 Jahren, als im Januar 1573 der Konvokationssejm hier in Warschau in einer Zeit blutiger Glaubenskämpfe im Westen aus freien Stücken den konfessionellen Frieden im Staate proklamierte und allen Staatsbürgern Duldung des Glaubens und der Überzeugungen verbürgte, umfing Polen als erster Staat in Europa mit dieser Bürgschaft alle — auch die extremsten — Staatsbürger. In Übereinstimmung mit dieser wahrhaften polnischen Toleranz garantiert unsere von einem rein polnischen souveränen Sejm beschlossene Verfassung allen Staatsbürgern ohne jeden Unterschied nicht nur Sicherheit, Ruhe und Gleichheit vor dem Gesetz, sondern auch die volle Möglichkeit der kulturellen Entwicklung und auch die Freiheit, die sprachlichen und konfessionellen Eigentümlichkeiten zu pflegen. Diese Garantien wird die konstitutionelle Regierung, die zu vertreten ich die Ehre habe, jederzeit unbedingt erfüllen, — das ist eine Selbstverständlichkeit gegenüber den Staatsbürgern, die aufrichtig und loyal auf dem Boden eines durch nichts in Frage gestellten polnischen Staatstums stehen. Niemals aber wird die Regierung sich denen gegenüber schwach erweisen, die nicht nur nach außen hin, sondern auch im Innern gehorsame Söhne der Republik sein wollen, gegenüber denjenigen, die auf Stimmen aus dem Auslande hören, um in einem geeigneten Augenblick ihre Loyalität gegenüber dem Staate aufzugeben. — Die Rechte, die Polen der jüdischen Minderheit freiwillig gegeben hat, werden von der Regierung beachtet werden. Aber hier muß eine Warnung ausgesprochen werden: denn die jüdische Minderheit hat die Wahrung ihrer berechtigten Interessen in einen Kampf um Vorrechte verwandelt. Einige Organe der internationalen Presse, die uns allzu gerne anklagen, nennen die in Polen herrschende Gleichberechtigung Unterdrückung. Es gibt keine Rechte ohne Pflichten. Die bisherige Entwicklung der unabhängigen Republik Polen hat nicht erwiesen, daß diese Wahrheit von allen polnischen Staatsbürgern in ausreichendem Maße erkannt worden ist."

Der Schluß der Programmrede des Ministerpräsidenten.

Am Schluß seines Exposés sagte General Sikorski:

„Ich habe das Steuer der Regierung in einem Augenblick ergriffen, der für den Staat überaus kritisch war. Ich habe das nicht getan, um Lorbeeren zu ernten, auch nicht, um auszuruhen. Mit aufrichtigem Bedauern habe ich vorübergehend meinen Posten in der Armee aufgegeben, wo ich ein Feld hatte für eine positive Betätigung und wo mir die sichtbaren Ergebnisse dieser Betätigung den Glauben an ihren Erfolg gaben. Dorthin zurückzukehren, ist mein Wunsch. Aber das Bewußtsein der Bedeutung dieser Zeit erlaubt mir nicht, leichtsinnig meinen jetzigen Posten zu verlassen. Denn wem sollte ich die Leitung übergeben? Wenn ich das Verhältnis der Kräfte im Sejm prüfe, sehe ich — wenigstens in dem gegenwärtigen Augenblick — keine Mehrheit, die geeignet wäre, eine Regierung von Dauer zu bilden. In dieser Erkenntnis der Schwierigkeit der gegenwärtigen Lage erkenne ich zugleich mein moralisches Recht, Ihnen meine Bereitwilligkeit zu erklären, meine Stellung an der Spitze der Regierung auch fernerhin beizubehalten, — jedoch unter der Bedingung, daß daß Hohe Haus sich klar und deutlich darüber ausspricht, ob es das von mir vorgelegte Programm annimmt und ob es die Absicht hat, der Regierung eine wirkliche und gründliche Sanierung der Verhältnisse zu ermöglichen. Ich tue das, obwohl es mir durchaus klar ist, mit welchen gewaltigen Schwierigkeiten ich bei der Beseitigung der jetzt aufgetürmten Hindernisse zu kämpfen haben werde. — Solange ich mit Ihrer Billigung an der Spitze der Regierung stehen werde, solange wird der kategorische Imperativ meines Wirkens sein: Das unbeirrbare Streben, eine starke Staatsgewalt zu schaffen, die fähig ist, zu regieren und dem Volke ein redliches Staatsbewußtsein einzupflanzen. Ich trage vor Ihnen die volle formelle Verantwortung für meine Handlungen, aber außer dieser Verantwortung gibt es eine andere, ebenso wichtige Verantwortung vor dem polnischen Volke, vor der Geschichte, vor dem eigenen Gewissen. Ich wünschte, daß Sie ebenso nach Ihrem Gewissen mich beurteilten. Ich wäre glücklich und stolz, wenn meine Worte in Ihren Herzen einen solchen Widerhall fänden, daß nicht nur für einen Augenblick, sondern für lange Zeit die Interessen der einzelnen Gruppen verstummten und das heiße Bemühen Platz griffe, angespannte Arbeit zu leisten zum Wohle des Volkes und des Staates. Wenn das eintritt, dann wird die Parole von der Heilung der Republik zu Taten führen."

Stimmen der polnischen Presse zu Sikorskis Programmrede.

Der „Przegląd Poranny" knüpft an die Schlußausführungen in der Programmrede Sikorskis an, wo der General davon spricht, daß der gegenwärtige Zeitpunkt von ganz besonderer Bedeutung sei, und daß vielleicht die letzte Stunde geschlagen habe, in der es noch möglich wäre, den Staat vor dem drohenden Zerfall zu retten, und schreibt: „Die Worte des Generals Sikorski, die die gegenwärtige Gefahr der Lage Polens malen, müßten von einem Ende des polnischen Staates bis zum andern dringen und nicht nur unter den Führern der politischen Parteien, sondern auch in den breiten Schichten der Bevölkerung einen Augenblick tiefer Schwermut hervorrufen. Sie sind nicht in rhetorischer Absicht gesagt worden, nicht um Bestürzung zu schaffen oder Gedrücktheit und Niedergeschlagenheit zu verursachen. Sie sind vielmehr gesagt worden, damit das Volk die Lage als tragisch, aber nicht als hoffnungslos erkennen möge, auf daß es alle kleinlichen Rücksichten und Sonderinteressen beiseite legt und seine Kräfte gemeinsam in einer einzigen Richtung anspannt, und das ist: in der Richtung der Besserung des Staatsorganismus."

Die „Gazeta Poranna" wirft der Regierung des Generals Sikorski Hysterie und Denunziantismus vor. Den Rücktritt des Wojewoden Celichowski stellt das Blatt als einen Erfolg des Generals hin, der ihm zum Lohn für seine Mühe um den Staat zuteil geworden sei. Das Blatt schreibt: „Der Wojewode Celichowski mußte zurücktreten, weil er in einer Stadt, in der nicht einmal ein Hund laut bellte, den Ausnahmezustand nicht erklärte. Das Blatt meint dann, daß Polen nur durch eine starke Regierung gehoben werden könne, aber nicht durch Tyrannei, sondern mit dem Vertrauen des ganzen Volkes, dessen Ausdruck eine polnische Sejmmehrheit sei.

Der „Kurjer Poznański" sagt in seiner Sonntagnummer zu der Programmrede des Generals Sikorski, daß sie derart sei, daß sie ihm nicht die Unterstützung der nüchtern und vernünftig denkenden Faktoren im Volke sichern könne. Die Feststellung, daß Sikorski unbedingt unparteiisch bleiben wolle, müsse im Munde des Mannes, dessen bisherige Herrschaft durch Repressalien gegenüber den nationalen Parteien gekennzeichnet gewesen wäre, wunderlich erscheinen. Diesen „Repressalien" stellt der „Kurjer" die „Duldung der wildesten Übergriffe der Linkspresse" gegenüber. Der Ministerpräsident habe die Besprechung der Dezemberereignisse in Warschau benutzt, um auf nicht schickliche Weise heftig und ausdrücklich die nationalen Parteien, die Jugend und die von den Juden gefaßten, nach Meinung des Ministerpräsidenten politisierten „Wirtschaftskooperativen" anzugreifen. In seiner Rede sei der knirschende Ton des seit der Wahl Narutowicz' von der Linkspresse gegen die nationalen Parteien eingeleiteten Feldzuges zu spüren gewesen. Aus seinen Worten gehe unzweifelhaft die Wahrheit hervor, daß sowohl er selbst, als auch seine Regierung parteiisch und seine Behauptung von der Unparteilichkeit leider eine Legende sei. Der Ministerpräsident habe sich durch die Provozierung der mächtigsten Sejmgruppen und durch die Feststellung, daß eine Regierung der parlamentarischen Mehrheit wegen der inneren Beziehungen im Sejm heute unmöglich sei, als schlechter Politiker erwiesen. Dann behauptet der „Kurjer", daß das Einzige, was in Wirklichkeit so entgegengesetzte Parteien, wie die Piasten und die Sozialisten, die Piasten und die Thuguttleute, die N. P. R. und die P. P. S. und sogar wirkliche polnische Volksparteien mit den nationalen Minderheiten verbinde, der durch Kulissenfaktoren verbreitete Haß gegen die Rechte sei. Diesen Faktoren liege sehr viel daran, die Rechte nicht zur Regierung zuzulassen, da mit dem Augenblick der Konsolidierung der Parteiverhältnisse im Parlament ihre Rolle ein- für allemal aufhören würde. Der Ausdruck dieser „antirechten Psychose" sei die Regierung Sikorski. Es müsse aber schließlich die Zeit kommen, wo sich Regierungen

wie die Regierung Sikorskis als leere Seifenblasen erweisen. Zum Schluß kündigt der „Kurjer“ unbedingte Opposition gegenüber der Regierung des Generals Sikorski an.

Der „Robotnik“ drückt die Hoffnung aus, daß die Regierung eine Mehrheit im Sejm erlangen wird, um den Staat hochzubringen und die Aufgabe einer demokratischen Regierung zu erfüllen.

Die „Rzeczpospolita“ stellt fest, daß sich die ganze Rede des Generals auffallend durch den Mangel an politischem Takt ausgezeichnet habe.

Urteile von Parteiführern über Sikorskis Rede.

Der „Kurjer Polski“ hat sich gleich nach der Rede des Generals Sikorski an verschiedene Parteiführer mit der Bitte gewandt, ihre Meinung über die Programmrede der Regierungschefs zu äußern.

Der Abgeordnete Witos erklärte: „Unsere Partei strebt konsequent nach wie vor danach, eine parlamentarische Regierung als eine für den Staat notwendige zu bilden. Da jedoch die Bildung einer solchen Regierung im jetzigen Augenblick unmöglich ist, sind wir gezwungen, die gegenwärtige Regierung zu unterstützen. Die gegenwärtige innere Lage des Staates erscheint uns noch schwieriger, als zur Zeit des bolschewistischen Ansturms; denn damals hatte eine gemeinsame Anstrengung genügt. Heute aber bedarf es einer langen, mühevollen Arbeit. Deshalb halten wir es nicht für angebracht, etwas zu tun, was die Lage der gegenwärtigen Regierung schwächen könnte.“

Der Abgeordnete Thugutt (Wyzwolenie) erklärte: „Die Rede des Generals Sikorski war die Rede eines ehrlichen Mannes, der den Mut und den Ehrgeiz, gut zu regieren, sowie das Gefühl der Verantwortlichkeit für seine Taten besitzt. Wir werden dafür stimmen, das Exposé der Regierung zur Kenntnis zu nehmen.“

Dr. Wachowiak von der Nationalen Arbeiterpartei äußerte sich in folgenden Worten: „Die Rede des Ministerpräsidenten war kräftig und staatsmännisch. Auf dem Gebiete der Auslandspolitik hat der Ministerpräsident einen Standpunkt eingenommen, mit dem sich die polnische Mehrheit der Kammer zweifellos einverstanden erklärt. Auf dem Gebiet der sozialen Reformen kündete der Ministerpräsident die Beibehaltung des Status quo an. Das ist wenig, aber durch die verzweifelte Finanzlage zu erklären. Unser Programm ist eine parlamentarische Regierung, deren Bildung wir konsequent verfolgen werden, trotz der wahnsinnigen Schwierigkeiten, die sich entgegenstellen. Ich will zugeben, daß ich eine unparlamentarische Regierung mit einem starken Sikorski lieber sehe als eine mittelmäßige parlamentarische Regierung.“

Der sozialistische Abgeordnete Jaworowski erklärte: Der Eindruck der Programmrede ist sehr günstig. Das Programm, dessen Schwerpunkt nicht in den Worten, sondern in ihrer Realisierung liegt, ist eines der besten, die polnische Ministerpräsidenten aufgestellt haben. Die sozialistische Partei hat beschlossen, das Exposé zur Kenntnis zu nehmen.“

Die Aussprache über Sikorskis Programmrede.

(Sejmsitzung von Sonnabend, dem 20. Januar.)

In der Sonnabendsitzung begann die Aussprache über die Programmrede des Generals Sikorski.

Als erster Diskussionsredner ergriff der Nationaldemokrat Abg. Głąbiński das Wort, um dem General vorzuwerfen, daß sein Wirtschaftsprogramm Lücken aufweise, daß er nicht wisse, wie sich der Ministerpräsident die Agrarreform denke, daß über das Schicksal Polens eine polnische Mehrheit entscheiden müsse und daß er es sich nicht wünsche, daß Polen ein zweites Österreich werde, und erklärt zum Schluß im Namen seiner Partei: „Wir werden die gegenwärtige Regierung nicht unterstützen.“

Der Ministerpräsident antwortete darauf, daß er niemals Demagoge gewesen sei und niemals die Demagogie anerkannt habe, daß er deutlich gesagt habe, daß sein Programm in einer ganzen Reihe der wichtigsten Probleme ergänzt werden müsse. Den Vorwurf der Parteilichkeit weist der Ministerpräsident entschieden zurück. Bei Berührung der vom Abg. Głąbiński erwähnten geheimen Rundschreiben fielen mehrere Zwischenrufe wie: „Das ist Rechtsordnung!“ „Was wird sein, wenn der Abg. Seyda Minister sein wird!“ usw. Daß die Rundschreiben in die Hände von Sejmabgeordneten eher gelangt seien, als in die Hände der Auslandsvertreter, für die sie bestimmt waren, zeuge davon, daß das Dienstgeheimnis verletzt worden sei, und die Lektion der Rechtsordnung gebühre den Beamten, die es verletzten. Auf einen Zuruf von rechts: „Und der Inhalt?“ antwortete der General: „Wenn es Ihnen um den Inhalt geht, dann ist es Sache des Außenministers, zu begründen und zu beweisen, daß er Recht hatte, wenn er so informierte, und nicht anders.“

Darauf sprach der Führer der Wyzwoleniegruppe, der Abg. Thugutt. Er versprach, die Arbeit der Regierung nicht zu erschweren.

Die Aussprache wird heute, am Montag, fortgesetzt.

Die Sonnabendsitzung des Senats.

Vor Beginn der auf Sonnabend mittag angesetzten Sitzung des Senates, in der ebenfalls der Ministerpräsident eine programmatische Erklärung abgeben sollte, versammelte sich der Ältestenausschuß, um über einen vom Senator Woźnicki gestellten Antrag zu beraten, der Vertagung der Sitzung forderte, mit der Begründung: diese Sitzung sei überflüssig, da der Ministerpräsident nach der Verfassung nicht verpflichtet sei, vor dem Senat eine Erklärung abzugeben, und daher alle Diskussionen über eine solche Erklärung eine zwecklose Unterhaltung sein würden, aus der die Regierung keinerlei Schlußfolgerungen ziehen könnte. Woźnickis Ansicht wurde von den Senioren (mit Ausnahme des Senators Posner) nicht geteilt. Die Vertreter der Minderheiten enthielten sich der Abstimmung. Darauf erklärte Senator Woźnicki, daß er diese Angelegenheit der Vollsitzung des Senates zur Entscheidung vorlegen würde.

In der Vollsitzung sprachen sich aus die Wyzwoleniegruppe und die Sozialisten für den Antrag Woźnicki aus. Der Antrag wurde abgelehnt, und der Ministerpräsident erhielt das Wort.

Sikorskis Rede vor dem Senate war keine Wiederholung seiner Programmrede im Sejm, sondern hatte mehr den Charakter einer Ergänzung dieser Rede. Er betonte unter Anderm: Polen dürfe kein Boden sein für Experimente von irgendwelcher Seite her, und alle Quacksalber und Leute mit Diktatorgelüsten müßten von den Staatsgeschäften ferngehalten werden. Am Schluß seiner Rede sprach er die Hoffnung aus, daß es dem Ansehen des Senats gelingen werde, die Tätigkeit des Sejm mit den Absichten der Regierung in Einklang zu bringen.

*

Ein Gesetz über die Ruhestandsgehälter und Witwengelder.

In der Sonnabendsitzung des Finanzhaushaltsausschusses, die unter dem Vorsitz des Abgeordneten Głąbiński stattfand, berichtete der Abgeordnete Moraczewski über die Frage der Emeriturbezüge. In der Diskussion wurde der Antrag des Abgeordneten Moraczewski angenommen. Er zerfällt in vier Teilanträge, in denen gefordert wird, daß 1. die Gehaltsbezüge für Pensionierte, Witwen und Waisen um 60 Prozent erhöht werden sollen, 2. daß die Regierung in Zukunft den § 31 des Pensionsgesetzes in Anwendung bringt, das heißt, daß die Zulagen, die den Funktionären, die im aktiven Dienst sind, gewährt werden, auch für die Pensionierten in Betracht kommen, 3. daß die Regierung bei der Novellisierung des Pensionsgesetzes in das Gesetz denselben Grundsatz einführt, der auch in der Novelle zum Gesetze über die Gehaltsbezüge der Staatsfunktionäre in Anwendung kommt, 4. daß die Regierung so bald wie möglich, ohne die bisherigen Verzögerungen, die den Pensionierten zukommenden Bezüge auszahlt. Ein Antrag des Abgeordneten Smulikowski (P. P. S.), der von der Regierung fordert, innerhalb eines Monats dem Sejm über die Durchführung der Anträge des Abgeordneten Moraczewski Bericht zu erstatten, wurde angenommen.

Ausbildung polnischer Offiziere in Frankreich.

Wie polnische Blätter nach der polnischen Telegraphenagentur melden, wird das französische Marineministerium keine Instrukteure nach Polen senden, die bekanntlich die Reorganisierung der polnischen Marine in Angriff nehmen sollten. Dagegen sind polnische Offiziere der Kriegsmarine abgesandt worden, um fachmännische Ausbildung zu erhalten.

Die Appellation im Fedakprozeß.

Die Akten des Fedakprozesses sind dem Obersten Gerichtshof in Warschau zugegangen. Dieser soll die von den Verteidigern eingebrachte Appellation prüfen. Fünf Verurteilte sind unter Hinterlegung einer Kaution von 10 Millionen auf freien Fuß gesetzt worden. Fedak allein ist im Gefängnisse verblieben.

Unzufriedenheit innerhalb der oberschlesischen Arbeiterschaft.

„Polak“ (Nr. 14) meldet, daß die Belegschaft der Lauragrube nachstehende Resolution an das Wojewodschaftsamt gerichtet habe: Die am 14. Januar in Königshütte im großen Saale des Hotels „Königshütte“ versammelte, rund 5000 Mann zählende Belegschaft der Lauragrube erhebt schärfsten Protest gegen das Ignorieren der Arbeiterangelegenheiten, besonders bei den jetzigen Lohnbewegungen. Mit einem derartigen Verhalten der Arbeitgeber können wir Arbeiter uns nicht einverstanden erklären, denn das Maß der Geduld ist bald voll. Mit jedem Tage wird die Existenz der Arbeiter schwieriger, und das Gefühl des langsamen, aber sicheren Todes unserer Frauen und Kinder, ferner all der Invaliden, Witwen und Waisen und schließlich unser selbst überkommt uns. Jeder einzelne von uns reißt schon die letzten Schuhe und den letzten Anzug ab, und der sichere Tod wartet bereits auf uns. Was sollen wir nun tun? In unsere sozialen Verbände setzen wir unser Vertrauen, denn diese vertreten unsere Interessen.

Wir verlangen daher, daß sie die äußersten Mittel zur Erfüllung unserer berechtigten Forderungen anwenden. 1. Wir verlangen eine den Preisen der Lebensmittel- und Bekleidungsartikel entsprechende Erhöhung unserer Löhne. 2. Wir fordern, daß man uns die sozialen und wirtschaftlichen Rechte, ferner die Rechte der Betriebsräte, die uns durch die Reichsverfassung vom 11. 8. 19 in den Artikeln 157, 162, 163 und 165 zugesichert wurden, nicht schmälert. 3. Wir verlangen, daß die Lebensmittelbedingungen der Invaliden, Witwen und Waisen sichergestellt werden und für diejenigen, die selbst nichts verdienen, für Beheizung gesorgt werde, damit sie vor Hunger und Kälte nicht sterben. 4. Die Wohnungsverhältnisse, besonders der Bergarbeiter, sind unerträglich. Wir appellieren deshalb an alle verantwortlichen Instanzen der Wojewodschaft, die aus dem Kohlensteuerfonds Nutzen ziehen, daß sie möglichst bald an den Bau von Wohnungen herangehen. 5. Wir fordern, daß die Behörden der Wojewodschaft mit den härtesten Gefängnisstrafen oder mit der Todesstrafe alle Schieber von Waren des täglichen Gebrauchs belegen, andernfalls wir für die daraus entspringenden Folgen nicht garantieren. 6. Wir verlangen, daß die Wojewodschaft für die Arbeitslosen sorgt, und zwar durch Arbeitszuweisung oder durch Gewährung von Erwerbslosenunterstützungen, die durch die deutsche Reichsverfassung im Artikel 163 geregelt sind, denn es ist unmöglich, daß jemand ohne Erwerb und ohne jegliche Mittel leben kann. 7. Gleichfalls protestieren wir gegen das in der letzten Zeit vom Arbeitgeberverband herausgegebene Rundschreiben, nach dem die den Arbeitern nach der Vereinbarung zu § 8 zustehende Kohle von höchstens 50 Millimeter starken Würfeln ausgegeben werden soll. 8. Die versammelte Belegschaft protestiert gegen das diktatorische Auftreten des Direktors des Knappschaftsvereins, Herrn Czapla, der aus den Knappschaftslazaretten alle Pfleger und Pflegerinnen entlassen und sie durch Klosterschwestern aus Galizien und Polen ersetzen will.

Korfanty in Paris.

Genf, 23. Januar. (Tel.-Un.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist Korfanty auf Wunsch gewisser französischer Persönlichkeiten in den letzten Tagen in Paris eingetroffen und hat mit Millerand, Poincaré sowie mit Marschall Foch eingehende Besprechungen gehabt. Hierbei soll der französische Wunsch zum Ausdruck gekommen sein, Korfanty möge in Warschau seinen Einfluß auf die Erfüllung des polnisch-französischen Vertrages geltend machen, der Polen zum Eingreifen im Falle der Nichterfüllung des Versailler Friedensvertrages oder ausbrechender Aufstände im Deutschen Reiche, die eine Gefährdung des Friedens bedeuten, verpflichtet.

Memel.

Die Regierungsbildung des Hilfskomitees.

In Heydekrug hat dem Vernehmen nach eine Tagung des Hilfskomitees für Klein-Litauen stattgefunden, die das neue Landesdirektorium bestätigen, ein Regierungsstatut für das Memelgebiet annehmen und einen Staatsrat bilden sollte. Über das Ergebnis ist hier noch nichts bekannt geworden.

Litauische Litas für Memeler Arbeiter.

Der neue Stadtkommendant Lacitis (Wesols ist Bahnhofskommandant geworden) erläßt folgende Bekanntmachung: „Jeder Arbeiter erhält eine Staatsbeihilfe von 5 Litas (1 Lit = 1/10 Dollar. D. Red.) ausgezahlt. Die in Arbeit stehenden Arbeiter bekommen diese bei der Lohnzahlung von ihren Arbeitgebern, die Arbeitslosen vom Magistrat ausgezahlt. Jeder Arbeitgeber erhält die Staatsbeihilfe laut namentlicher Nachweisung von der Kommandantur. Allen Arbeitslosen wird vom Arbeitsamt Beschäftigung zugewiesen.“ — Für Memel dürfen zirka 15 000 Personen in Betracht gekommen sein, die diese 5 Litas erhalten haben. Das „Memeler Dampfboot“ knüpft daran die Frage, woher diese Litas kommen, da das Memelgebiet als solches in diesen Tagen so gut wie keine Einnahmen hat.

Die grün-weiß-rote Fahne.

Am Freitag erschienen beim Oberbürgermeister zwei Litauer, die verlangten, daß die grün-weiß-rote Fahne auf dem Magistratsgebäude gehißt würde. Der Oberbürgermeister weigerte sich mit dem Bemerken, daß die Farben der Stadt gelb-rot und von der Botschafterkonferenz der Stadt verliehen seien. Er könne also nicht ohne weiteres neue Farben hissen. Etwaiger Gewalt müsse er sich fügen. Der Oberbürgermeister begab sich darauf mit den beiden Litauern zum Landesdirektorium, um mit Simoneitis zu verhandeln. Die Hissung der grün-weiß-roten Fahne auf dem Magistratsgebäude ist nicht erfolgt.

Verhaftung einiger Politiker in Memel.

In der Memeler Bevölkerung herrscht große Erregung wegen der Verhaftung einer Reihe von Politikern durch die aufständischen Behörden.

Die Vertretung Englands in Memel.

Wie aus London gemeldet wird, wird die englische Regierung der interalliierten Kommission in Memel durch den englischen Konsul in Danzig vertreten sein.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(2. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Sein Gebet war ein Stammeln des Dankes, ein flehentliches Bitten um Erhaltung dieses Heiligtums und ein feierliches Gelöbnis an den Weltengeist, mit Gleichgesinnten, Begeisterungsfähigen und ebenso Empfindenden hierher zu wallen, um das Kleinod zu verehren, das eine Schöpferlaune in diese weltverlorene Einsamkeit gesetzt, und aus seinen Wundern die Kraft zu schöpfen zu unvergänglicher, den Alltag überwindender Großtat.

Während er hinabstieg vom Gipfel, um allmählich an den Heimweg zu denken, schmiedete er Pläne für seine Künstlerkolonie. Irgendwo im Herzen des Gebirgsstaates mußten ein paar einfache Holzhütten aufgerichtet werden, schmucklos und derb, wie sie einzig in die Umgebung paßten, aber fest und gut gegen die starken Stürme, die hier oben von Zeit zu Zeit brausten. Und dann mußte man sehen, daß man sich in der Nähe irgendeiner der verstreuten Hochalmen niederließ, die den Berg wie Pilze bestanden, damit man jederzeit das zum Leben Nötige bekam, ohne allzu abhängig zu sein vom unregelmäßigen Taltransport.

Ganz praktisch dachte sich der Dichter das alles aus, ohne den Ueberschwang, den der frühere Freund so oft an ihm gerügt hatte; und es war, als wollte ihm die Vorsehung helfen zur Verwirklichung seines Planes. Denn knapp unter dem Gipfelturm, halb noch im Bereich der ausgedehnten Gletscherfirne, stieß er auf ein paar kleine Almhütten, aus deren einer wirbelnder Rauch aufstieg.

Sie lagen etwas hoch, weit über den Matten der unteren Almböden, und hatten nur wenig Weidefläche um die Einfriedigung; aber sie schienen gut gedeckt gegen Lawinen wie gegen Stürme und gewährten den herrlichsten Blick auf die Bergwelt in der Runde.

Die Sennerinnen, zwei noch junge Mädchen, einfältige, weltfremde Geschöpfe, die jedem Unbekannten mit unverhohlenem Mißtrauen begegneten, zeigten sich anfangs recht abweisend, als sie aber erkannten, daß in der Seele des Städters kein Arg war, vergaßen sie allmählich auch ihre Zurückhaltung und teilten mit dem Gaste, den sie auf einmal immer herzlicher betreuten, was Küche und Keller boten.

Auch Loisl, der alte Knecht, der gegen Abend mit einem Bund duftenden Heus von einer abgelegenen Kate kam, erschloß dem Fremden rasch sein Herz, erzählte Geschichten und gab Fernleitner manchen Rat für den Abstieg und fernere Besuche des Wilden Jägers.

„Ob wohl eine der drei oder vier Almhütten verkäuflich wäre?“

Fernleitner hatte die Frage beinahe unvermittelt hervorgestoßen und weckte damit starres Erstaunen.

„Wer sie denn kaufen wollte? Und wozu?“ Loisl war es, der diese Auskunft erbat, vorsichtig, schlau, nach Bauernart.

Da ließ Fernleitner unbedenklich die letzten Masken fallen; einfach, schlicht, in der Sprache der Bauern, erzählte er den Lauschenden, wie es ihm gleich beim ersten Besuch des Wilden Jägers gefallen hätte, und daß er nun mit ein paar Freunden und Freundinnen wiederkommen wollte, um die kurzen Wochen des Sommers, die das Hochgebirge seinen Bewohnern schenkt, mit ihnen zu teilen, in guter Nachbarschaft und, so hoffte er, in bestem Einvernehmen.

Loisl nickte bedächtig mit dem Kopfe, und die beiden Sennerinnen sahen erwartungsvoll nach seinem ergrauten Haupte, welche Weisheit es ihnen künden würde.

Es waren zunächst Bedenken, die Loisl äußerte; ob sich verwöhnte Städter an die ländliche Einfachheit gewöhnen könnten. Und ob man imstande wäre, nicht nur Sonne und schöne Tage, sondern auch Sturm und Regen in einer einfachen Almhütte zu ertragen.

Aber Fernleitner lachte ihn aus und schilderte in kurzen Strichen den Kreis von Menschen, der zu erwarten stände. Seine Freunde seien gewöhnt, dem Leben das Kargste abzutrotzen, und die Mädchen, weit entfernt, zimperliche Dämchen zu sein, würden mit den Sennerinnen um die Wette laufen, die nötigen ländlichen Verrichtungen zu besorgen.

Loisl, noch nicht ganz überzeugt, aber durch Fernleitners frische Art halb gewonnen, begann zu lächeln und lud den Gast zum einfachen Abendmahl, gleichsam wie zur Probe, ob man den Versuch wagen dürfte.

Die Tafel bot wenig Auswahl; derbes Schwarzbrot mit Käse und Butter, dazu gekühlte Buttermilch bildeten ihre Hauptbestandteile. Aber noch nie dünkte den Städter frische Butter auf schwarzem Roggenbrot besser gemundet zu haben, noch nie hatte er das säuerliche Getränk mit größerem Wohlbehagen getrunken, und die drei biederen Landkinder saßen dabei und freuten sich des Appetits ihres Gastes.

Der Abend war lau und föhnig; Loisl bereitete aus frischem Heu und schützenden Decken ein weiches Lager für den Fremdling: halb im Schutze einer der Hütten, halb im Freien, und Fernleitner dankte ihm von Herzen darob. Denn hoch wölbte sich über ihm der unendliche Himmelsdom, aus dem es wie von tausend Kerzen funkelte. Kosend strich der kühle Bergwind, der hoch vom Firun kam und den lauen Föhn vertrieb, um Wangen und Schläfen, seine spielende Winde nahmen die Seele des von den Wundern des Berges erfüllten Schläfers und trugen sie leise davon in die weite Unendlichkeit, in der sie sich löste und erlöst versank.

Eine volle Woche blieb Rudolf Fernleitner in der einfachen Almhütte am Fuß des Wilden Jägers und verwuchs mit seiner Umgebung und der Natur so fest, daß ihm alle überfeinerte Kultur der Stadt, an die er sich im Lauf der Jahre gewöhnt hatte, auf einmal völlig fremd erscheinen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Zuspitzung der Lage im Ruhrgebiet.

An Stelle von General Degoutte wurde General Weygand, der ehemalige Generalstabschef und oberste Instrukteur der polnischen Armee zur Zeit des Bolschewisteneinfalles, zum Oberbefehlshaber im Ruhrgebiet ernannt. In Berliner amtlichen Kreisen wird dies als eine erneute Bestätigung des rein militärischen Charakters der Ruhrbesetzung durch Frankreich angesehen. General Weygand, ist in Warschau durch seine scharfe Tonart bekannt geworden. Daß er gerade als oberster Chef des völkerrechtswidrigen französischen Unternehmens im Ruhrgebiet ausersehen ist, bedeutet eine Verschärfung der Lage und läßt auf die Absicht Poincarés schließen, die militärischen Maßnahmen weiter auszudehnen.

Verhaftung von Industrieführern.

Die französische Besatzungsbehörde hat Sonnabend vormittag sechs Industrieführer verhaftet. Es sind Fritz Thyssen, Generaldirektor Tengelmann von den Essener Steinkohlenbergwerken, Generaldirektor Wüstenhöfer vom Essener Bergwerksverein, Generaldirektor Kästhen von der Bergwerksgesellschaft Dahlburg, Generaldirektor Spindler von Stinnes und der Bergassessor Olze. Die Herren waren von der Besatzungsbehörde zu einer Verhandlung vorgeladen. Nachdem sie alle Forderungen der Franzosen kategorisch mit Nein abgefertigt hatten, wurden sie bereits nach fünf Minuten für verhaftet erklärt und unter starker militärischer Bedeckung in der Richtung Düsseldorf abtransportiert. Augenzeugen erklärten, daß die Verhafteten kaltblütig und erhobenen Hauptes hinter ihrer militärischen Eskorte das Verhandlungsgebäude verließen. Die Verhafteten wurden am Nachmittag unter Bedeckung französischer Truppen nach Mainz transportiert.

Vor ein Kriegsgericht.

Wie man hört, wollen die Franzosen kurzen Prozeß machen. Gegen die nach Mainz überführten Leiter der privaten und staatlichen Zechen im Ruhrgebiet soll schon am Montag das französische Kriegsgericht in Mainz das Urteil sprechen.

Verhaftung hoher Telegraphen-, Eisenbahn- und Zollbeamten.

Im Laufe des Sonnabend vormittags wurden noch der Leiter des Essener Telegraphen- und Fernsprechamtes, Jünger, sowie Direktor Zehme vom Telegraphenbauamt verhaftet, die sich unter Berufung auf die Befehle der Reichsregierung geweigert hatten, die französischen Anweisungen auszuführen. — Die Franzosen verlangten von der Essener Eisenbahndirektion, daß sie den Befehl der deutschen Regierung widerrufe, keinerlei Kohlentransporte nach Frankreich und Belgien abzufertigen. Als dieses Ansinnen abgelehnt wurden, erklärten die Franzosen den Eisenbahnpräsidenten Jahn und Baurat Busch für verhaftet. Sie wurden unter militärischer Bewachung in ihren Amtszimmern gefangen gehalten. — Weiter wurden in Dortmund die Leiter des dortigen Hauptzollamtes, Zollrat Bernard und sein Vertreter Plate, verhaftet und von den Franzosen mit aufgepflanztem Bajonett ins Gefängnis in Einzelhaft gebracht. Hierauf beschlagnahmten die Franzosen die gesamten Einnahmen des Zollamtes. Reichsfinanzminister Hermes hat den Verhafteten telegraphisch seine Anerkennung für ihre Standhaftigkeit ausgesprochen.

Besetzung der Düsseldorfer Reichsbankfiliale.

Freitag vormittag gegen 11 Uhr haben französische Truppen die Reichsbankfiliale besetzt und die Gelder beschlagnahmt. Die vor der Reichsbank wartenden Kraftwagen wurden ebenfalls beschlagnahmt. Der Verkehr der Reichsbank geht allerdings weiter. Es finden Auszahlungen statt, doch heben die Vertreter der industriellen Werke keine Gelder mehr ab, weil sie befürchten, daß die Summen von den französischen Posten, die innerhalb und außerhalb des Gebäudes stehen, beschlagnahmt werden.

Der gestern abend verhaftete Präsident des Landesfinanzamtes, v. Schlutius, befindet sich in einem französischen Arrestlokal in Düsseldorf. Wie er seiner Frau brieflich mitteilte, ist er wohlauf. Die deutschen Behörden haben über das weitere Schicksal des Verhafteten noch keine Mitteilung erhalten.

Besetzung der staatlichen Zechen.

Die Besetzung der staatlichen Zechen durch französische Truppen hat begonnen. Die Zechen Bergmannsglück sind bereits besetzt. Kokerei und Kohlenexpedition sind bereits mit Beschlag belegt. Zu den übrigen Gruben befinden sich Truppen im Anmarsch. In Mülheim an der Ruhr ist eine Kommission der Besatzungsbehörde in das Kohlenkontor eingedrungen und hat die Herausgabe der Statistiken und der Versandbücher verlangt. Die Beamten lehnten das Verlangen ab und traten sofort in den Streik.

In Düsseldorf

haben französische Truppen das Gebäude der Bergischen Kohlenhandelsgesellschaft besetzt und die Geschäftsbücher beschlagnahmt.

In Herne

wurde ein weiterer Kohlentransport von den Franzosen beschlagnahmt.

In Essen

haben die französischen Besatzungsbehörden eine Ueberwachung des Postverkehrs eingerichtet. Von der ein- und ausgehenden Briefpost werden Stichproben entnommen, die nach etwa 12 Stunden wieder zurückgebracht werden.

Auf dem Rhein

nimmt, wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, die Beschlagnahme der Kohlenschiffe durch französische Militärs immer größeren Umfang an. Bis jetzt sind die Mannschaften aller Schiffe unter Gewaltandrohung gezwungen worden, auf dem linken Rheinufer zu landen, also auf besetztem Gebiet. Auf diese Weise sind alle für Mannheim bestimmten Kohlenlieferungen von den Franzosen abgefangen worden.

Erschießung eines Deutschen.

Ein französischer Posten vor dem Amtsgericht der Stadt Langendreer erschoß einen deutschen Krankenwärter, weil er nicht auf den ersten Anruf stehen blieb. Der Regimentskommandeur erklärte dem Bürgermeister der Stadt, er bedauere zwar den Vorfall, der Soldat habe aber durchaus nur nach seinen Instruktionen gehandelt.

Protest wegen der Bochumer Bluttat.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung eine Protestnote der deutschen Regierung zu überreichen, die sich mit der Bochumer Bluttat befaßt. Es wird festgestellt, daß die Personen, die an dem Zug auf der Bahnhofstraße teilgenommen haben, nicht bewaffnet waren, und daß sie die Posten weder angegriffen, noch auch nur bedroht haben. Die deutsche Regierung erhebt gegen diesen Gewaltakt auf deutschem Boden schärfsten Protest.

Sie behält sich vor, für die dem Gewaltakt zum Opfer gefallenen Personen und deren Angehörige volle Genugtuung zu fordern.

Verbot aller Zahlungen an die Franzosen.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes veröffentlicht einen Erlaß, in dem er auffordert, keine Zölle, Kohlensteuer und Ausfuhrabgaben an die Franzosen oder Belgier zu zahlen. Deutsche Beamte werden Zahlungen, die auf Anordnung der Rheinlandskommission Deutschland entzogen und fremden Mächten zugeführt werden sollen, nicht entgegennehmen. An die Kassen des besetzten Gebietes sind daher nur Zahlungen zu leisten, so lange sich die deutschen Beamten bereit erklären, Zahlungen für deutsche Rechnung entgegenzunehmen.

Nochmaliger Notenwechsel mit Poincaré.

Aus Berlin wird gemeldet: Auf eine Note Poincarés, worin noch einmal der unmilitärische Charakter der Operationen an der Ruhr betont und hervorgehoben wird, daß die auf Anweisung der Reichsregierung angenommene Haltung der Ruhrindustriellen den alliierten Behörden ein gütliches Vorgehen unmöglich mache, und daß beim Sinken der Förderung für den übrigen Teil Deutschlands nur wenig oder keine Kohlen übrig bleiben dürften, hat die Reichsregierung durch ihren Geschäftsträger in Paris, Hösch, eine Antwort erteilen lassen, die im wesentlichen besagt:

Die Reichsregierung halte jede weitere Erörterung des Zweckes des französisch-belgischen Einmarsches für überflüssig; sie wundere sich nur, daß die französische Regierung den vor aller Welt offenkundigen Charakter ihrer Aktion auch jetzt noch ableugnen zu können glaubt. Die Reichsregierung müsse sich dagegen verwahren, daß die französische Regierung mit der Begründung ihrer geplanten Requisitionen einen neuen Versuch macht, den wahren Sachverhalt zu verschleiern. Die Unmöglichkeit, die Kohle für Reparationszwecke und für die Bedürfnisse des besetzten Gebietes auf ordnungsmäßigem Wege zu liefern, sei nicht die Folge des Verhaltens der deutschen Regierung, sondern des rechtswidrigen Einmarsches.

Die französische Begründung laufe auf die Behauptung hinaus, daß Frankreich zu immer gröberen Formen des Unrechts befugt sei, weil das zuerst begangene Unrecht, der Einmarsch in deutsches Gebiet, von Deutschland nicht unterstützt worden ist. Im übrigen weise die Reichsregierung darauf hin, daß die Ausführung der Drohung, für Deutschland lediglich den verbleibenden Rest der Kohlenproduktion freizugeben, ein neuer Rechtsbruch sein würde, weil nach dem Friedensvertrag der Bedarf Deutschlands vor den Reparationsforderungen den Vorzug hat.

Die Haltung der deutschen Arbeiterschaft

Streik als Antwort für die Verhaftungen.

Die Beamten- und Betriebsräte sämtlicher Zechen im Bezirk Castrop, Rauxel, Ickerde, Mengede, Huckarde, Kirchlinde, Bövinghausen usw. erheben in einer Entschließung schärfsten Einspruch gegen die widerrechtliche Besetzung des Ruhrgebiets und erklären, daß sie bei jeder Maßregelung eines Beamten oder Arbeiters die Arbeit niederlegen würden, was eine Arbeitsniederlegung der gesamten Arbeiterschaft zur Folge haben werde. Der gesamte Betriebsrat des Bochumer Bezirks erklärte, daß er in den Ausstand treten würde, sobald die Franzosen einen Eingriff in die Betriebsleitung vornehmen würden oder das Werk besetzten.

Die Bergarbeiter in Sterkrade legen die Arbeit nieder.

Aus Düsseldorf wird gemeldet: Die Bergarbeiterschaft in Sterkrade ist in den Ausstand getreten, weil auf den Zechen belgische Truppen aufmarschierten und ihren Wagenpark dort installiierten. Drei Kompagnien besetzten die Umgebung der Zechen. Die Arbeiter erklärten, unter dem Druck des Bajonetts nicht arbeiten zu wollen, und stellten die Arbeit ein. Es wurden Verhandlungen zwischen der Stadtverwaltung und der belgischen Kommandantur gepflogen. Man glaubt, daß die Belgier angesichts des Widerstandes der Arbeiter wieder abziehen werden.

Ausstand im Bezirk Recklinghausen und Gelsenkirchen.

Als Antwort auf die Verhaftung des Bergwerksdirektors Reiffeisen und des Zechendirektors Arendt durch die Besatzungsbehörden haben die Angestellten und Arbeiter der betreffenden Zechen im Bezirk Recklinghausen und Gelsenkirchen die Arbeit niedergelegt und sind in den Streik getreten.

Der Betriebsrat der staatlichen Gruben fordert Freilassung der Verhafteten.

Der Gesamtbetriebsrat der staatlichen Reichsgruben hat aus Anlaß der Beschlagnahme einiger staatlicher Bergwerke eine Sitzung abgehalten, in der beschlossen wurde, eine Kommission, die aus vier Arbeitern und einem Angestellten besteht, zu General Degoutte zu entsenden. Die Kommission soll den in einer Entschließung niedergelegten Protest gegen den französisch-belgischen Gewaltakt zur Kenntnis bringen und die sofortige Freilassung der verhafteten Beamten und Angestellten, die Entfernung der Truppen von den Zechen und die Aufhebung der Beschlagnahme fordern. Die Entschließung soll in sehr scharfem Tone gehalten sein. Der Gesamtbetriebsrat behält sich alle weiteren Schritte für den Fall der Ablehnung der Forderungen vor.

Ein Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Auf Veranlassung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands tagten am Freitag vormittag die Vorstände der sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstags und Landtags in Gemeinschaft mit Vertretern des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa. In der Konferenz ergab sich vollkommene Übereinstimmung darüber, daß die gegenwärtige gefahrdrohende Lage ein geschlossenes Zusammengehen der gesamten Arbeiterschaft erfordert und daß es Aufgabe der Arbeiterbewegung sei, alles zu tun, um die Abwehr des gewalttätigen französisch-belgischen Einmarsches ins Ruhrrevier durch zweckdienliche Maßnahmen zu unterstützen. Insbesondere war man einer Meinung darüber, daß alles unterbleiben muß, was geeignet ist, die gegenwärtige Abwehr im Ruhrgebiet zu stören und die Pläne des französischen Imperialismus zum Erfolg zu führen.

Die Gewerkschaften verlangen Freilassung des Dr. Schlutius.

Aus Düsseldorf wird gemeldet: Dem General Denvignes ist folgende Entschließung der Gewerkschaften überreicht worden: „Die unterzeichneten Verbände beehren sich, folgendes zu eröffnen: Die Beamtenschaft ist entschlossen, einzig und allein der zuständigen deutschen Regierung, welcher sie durch Beamteneid verpflichtet worden ist, Dienste zu leisten. Sie verwahrt sich daher ganz entschieden gegen jederlei widerrechtliche Eingriffe der Besatzungsbehörden in den Dienstbetrieb und Maßnahmen irgend welcher Art gegen die Persönlichkeit eines Beamten in Ausübung seiner Dienstpflicht. Sie fordert die sofortige Entlassung des in Ausübung seiner Dienstpflicht verhafteten Präsidenten des Landesfinanzamtes, Dr. Schlutius in Düsseldorf." Unterzeichnet ist die Entschließung vom Allgemeinen deutschen Beamtenbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, dem Deutschen Beamtenbund, dem Gesamtverband deutscher Beamten, dem Gewerkschaftsring deutscher Beamten, dem Reichsbund der höheren Beamten und dem Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten.

Der Beschluß der Ruhreisenbahner.

Eine Betriebsratsversammlung der Eisenbahner im Ruhrgebiet hat einstimmig beschlossen, nur die Anordnungen des Reichseisenbahnministers, nicht aber die Befehle der Franzosen zu befolgen.

Die Stellungnahme Lloyd Georges.

In seinem siebenten Artikel beschäftigt sich der frühere englische Ministerpräsident Lloyd George mit der französischen Ruhrexpedition. Er geht einleitend auf die moralische Seite der Aktion ein und sagt, daß es sicherlich nur einer niedrigen Denkweise eine Befriedigung gewähren kann, einem hilflosen Riesen einen Fußtritt zu versetzen. Aber welchen Nutzen werde das verbündete Frankreich oder seine von Steuern niedergedrückten Verbündeten aus dieser Handlungsweise haben?

Lloyd George beantwortet diese Frage sehr pessimistisch. Er weist auf die kolossalen Kosten hin, die die Aktion unmittelbar verursachen werde, und sagt dann, daß „die mittelbare Folge für Frankreich sowohl wie für ganz Europa und schließlich auch für die Welt noch viel verhängnisvoller sein werde".

„Vergegenwärtigen wir uns den unumgänglichen Gang der Dinge. Die deutsche Mark stürzt erschreckt kopfüber in den Abgrund, worin die österreichische Krone bereits rettungslos versunken ist. So lange man die Reparationskohle mit Bajonetten ausgräbt und das Reparationsholz mit dem Säbel fällt, ist es müßig, von der Wiederherstellung der Mark durch Sanierung der deutschen Finanzen zu reden. Auch das anpassungsfähigste System kann mit dem Niedergang der Mark nicht Schritt halten. Der gewandteste Finanzminister kann unmöglich sein Budget einer Währung anpassen, die, während er sich niedersetzt, um seine Entwürfe zu schreiben, unter dem Horizont verschwunden ist, bevor er von seinem Schreibtisch aufsteht. Wenn die bloße Androhung der Gewalt eine solche Panik hervorgerufen hat, welche Wirkung werden dann die tatsächlichen Maßregeln haben. Man kann mit Sicherheit vorhersagen, daß der Einmarsch französischer Truppen in Deutschland der erschreckten Mark ihre Ruhe nicht wiedergeben und ihre Flucht nicht aufhalten wird."

Über die durch die französischen Maßnahmen gestörten Reparationsleistungen sagt Lloyd George: „Die einzige Möglichkeit, eine baldige Teilzahlung für Reparationszwecke zu sichern, bestand darin, daß man Deutschland zwang, seine Finanzen zu ordnen und ihm dafür eine angemessene Frist zu bewilligen. Französische Staatsmänner haben bewußt diese Möglichkeit preisgegeben. Wenn man an die Folgen denkt, fragt man sich, ob die französischen Politiker wirklich Reparationen wünschen oder ob sie nicht vielmehr andere Zwecke verfolgen, die mit der Erlangung von Zahlungen gemäß dem Vertrage unvereinbar sind."

Witzig bemerkt die „Dt. Allg. Ztg." zu der Haltung Lloyd Georges nach seinem Rücktritt: „Wem Gott ein Amt nimmt, dem gibt er auch Verstand oder wenigstens — den Mut, die Wahrheit zu sagen.

Bradbury zurückgetreten.

Im Gegensatz zu anderen Informationen behauptet das „Echo de Paris", es könne mitteilen, daß Sir John Bradbury, der englische Delegierte in der Reparationskommission, nicht mehr an den Sitzungen der Kommission teilnehmen werde. Seine Demission sei seit gestern effektiv.

Deutsches Reich.

Ostpreußens Zugang zur Weichsel.

Freitag haben in Verfolg der Note der Botschafterkonferenz vom 19. vorigen Monats in Marienwerder unter Mitwirkung des dortigen Regierungspräsidenten Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der polnischen Regierung über die Frage des Zuganges der ostpreußischen Bevölkerung zur Weichsel und über einen einheitlichen Deichschutz begonnen. Die Verhandlungen werden auf deutscher Seite von dem Gesandten Dr. Eckhardt, auf polnischer Seite von dem Regierungskommissar v. Koczerowski geleitet.

** Der amtliche Goldankaufspreis ist in Deutschland für die nächste Woche gegenüber dem letzten Satze verdoppelt worden, so daß für ein Zwanzigmarkstück 70 000 Mark gezahlt werden. Für Silbermünzen wird der 1500fache Betrag des Nennwertes bezahlt.

** Neue Teuerungsverhandlungen. Eine Abordnung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften hat am Sonnabend den Reichsfinanzminister ersucht, umgehend neue Verhandlungen einzuleiten, um für die Beamten und Staatsarbeiter eine Angleichung ihrer Bezüge an die herrschende Teuerung herbeizuführen.

** Ausschluß der Franzosen und Belgier aus den Berliner Hotels. Der Verein Berliner Hotels und verwandter Betriebe hat aus freien Stücken in Verfolg früherer Beschlüsse heute folgenden Beschluß gefaßt: Französische und belgische Gäste werden in Hotels nicht aufgenommen. Französische und belgische Zeitungen dürfen nicht ausgelegt werden. Französische und belgische Werte und Noten werden nicht in Zahlung genommen. Französische und belgische Weine, Liköre und Lebensmittel werden weder gekauft noch verkauft. Die Lieferanten werden dringend aufgefordert, sich anzuschließen und keine belgischen und französischen Waren mehr zu führen.

Freistaat Danzig.

Günstiges Ergebnis der Danziger Forstwirtschaft.

Ein weißer Rabe unter den Haushaltplänen des Freistaates ist der der Forstverwaltung. Während der Haushaltsplan für 1922 mit einem Ueberschuß von 117 Millionen rechnete, läßt der soeben zur Ausgabe gelangte Plan für 1923 einen Ueberschuß von 749½ Millionen Mark erhoffen. Der Haupteinnahmeposten ist dabei das Holz, dessen Erlös infolge der beträchtlichen Erhöhung der Holzpreise auf 800 Millionen veranschlagt wird. Davon sollen Oberförsterei Steegen 250 Millionen, Oberförsterei Oliva 150 Millionen und die Oberförstereien Sobbowitz und Stangenwalde je 200 Millionen bringen. Die Jagd ist mit dem bescheidenen Gewinn von 171 480 Mk., die Torfgräbereien mit 410 000 Mk. Einnahme eingesetzt.

Danzig auf der Tagung des Völkerbundes.

Auf der Tagung des Völkerbundrats wird Danzig wieder durch Präsident Sahm und Finanzsenator Geheimrat Volkmann sowie Regierungsrat Dr. Ferber as Dolmetscher vertreten sein. Polen entsendet sein ständiges Mitglied, Prof. Askenazy, ferner den Vertreter Polens in Danzig, Vizeminister Plucinski, und den Sekretär der polnischen Vertretung Potworowski nach Genf.

** Eine sowjetukrainische Handelsmission in Danzig. In Danzig ist aus Warschau eine sowjetukrainische Handelsmission eingetroffen. Die Aufgabe der Mission wird die Anknüpfung von Beziehungen mit Danzig und über Danzig sein. Der Kontakt mit Danzig soll schon bestehen. Der Vermittler der ukrainischen Mission ist der kommunistische Abgeordnete im Danziger Volkstag, Raube.

Nikolaus

Statt besonderer Anzeige!

Heute wurde uns ein gesunder Knabe geboren.

Dies zeigen hocherfreut an

Dr. med. N. Haase u. Frau
Dorothea, geb. Springorum.

Poznań, den 22. Januar 1923.

Johanna Erhorn
geb. Tschuschke

Wilhelm Braun

Verlobte

Poznań

ul. Fr. Ratajczaka 39. Waly Królowej Jadwigi 3a.

Sonnabend abends verschied nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater

Abraham Lipski

im 50. Lebensjahre.

Grete Lipski, geb. Thone
nebst Kindern.

Posen, den 21. Januar 1923. [5117

Die Beerdigung findet am Dienstag, 3½ Uhr nachm. von der Leichenhalle aus statt.

Für alle aus Polen auswandernden Deutschen werden [9771

Heimatscheine u. Einbürgerungsrecht

prompt besorgt durch

C. B. „Express", Bydgoszcz, Jagiellońska 70

Zweiggeschäft Schneidemühl: Bismarckstr. 16, Bahnhof Posener Straße 17.

Achtung!

Suche sofort **Landwirtschaften**

jeder Größe für sofortige Käufer. Regulierung erfolgt auf Wunsch in Deutschland. Beschreibung und Preisangabe zu richten an [5122

Dom Handlowy
W. Witosławski, Strzałkowo.

Vermittle sämtliche An- und Verkäufe von

Gütern, Fabriken, Häusern, Mühlen und dergl. [5054

und bitte um Angabe des Preises, der Größe und des Inventars.

Vermittelungsbüro **W. Tomaszewski,** Rogoźno.

Güter u. Landwirtschaften

jeder Größe werden **gesucht** für **kapitalkräftige Reflektanten.** Genaue Beschreibung u. Preisangabe erbittet

Kommissionsbüro [468

Joseph Ceyba, Poznań, Waly Zygmunta Augusta 2 vis-à-vis d. Polizeidirektion

---

Gut

von 600 bis 1200 Morgen guten Bodens, mit massiven Gebäuden und schönem Wohnhaus **zu kaufen gesucht.**

Gefällige Offerten unter **K. 5091** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Zwei große, fabrikneue

Schreibmaschinen Marke „Tappel"

unter Tagespreis **zu verkaufen.**

Gefl. Angeb. unt. **B. 5113** an d. Geschäftsstelle d B. erbeten.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Februar 1923

Name

Wohnort

Postanstalt

Straße

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 5 Uhr entschlief sanft nach längerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden unsere innig geliebte herzensgute Mutter, Schwieger- und Grossmutter, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante, die verw. Rittergutsbesitzer Frau

Elsbeth Goeppert

geb. Francke

im 72. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen

Käte Herrmann, geb. Goeppert
Leonhard Goeppert, Kaufmann
Erich Herrmann, Rittergutspächter, Rittmstr. a. D.
Annemarie Goeppert, geb. Koziol
und 4 Enkelkinder.

Bucz b. Śmigiel, Breslau, Krietern, den 20. Januar 1923.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 24. d. Mts., vormittags 11 Uhr von der Johanniskirche in Lissa i. Pos. aus nach der Familiengruft auf dem reform. Kirchhof statt.

Offerieren zur kommenden Saison

Kalisalze u. ausländischen Kainit

sowie

inländisches Superphosphat

Poznański Bank Ziemian T. A.

Departament Rolniczo-Handlowy

Poznań, Podgórna 10.

Filialen: **Bydgoszcz, Grudziądz, Leszno, Ostrów.**

Tresor-Einrichtung

ganz od. teilw. **zu kaufen gesucht.** Off. m. näh. Beschreibung u. Preisangabe erb. unt. **Nr. 4.3** an **Annoncenbüro „PAR", Poznań,** ul. Fr. Ratajczaka 8. [458

Kleesamen
Grassaaten
Runkelkerne
Mohrrübensamen [5029

kauft zu den höchsten Tagespreisen

Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft

T. z o. p.,

Poznań, ul. Wjazdowa 3.

Telephon: 4291. Telegr.-Adresse: **Landgenossen.**

Ein wasserfester Hochglanz ohnegleichen, ist durch

Urbin

nur zu erreichen!

Hersteller: Urbin-Werke Chemische Fabrik G. m. b. H., Danzig, am Troyl.

Gesägte Tannenhölzer

Ich bin Käufer von großen Quanten **gesägter Tannenhölzer in verschiedenen Dicken** u. wünsche mit **Landesproduzenten** in Verbindung zu treten. Offerten an **Marcel Lévy,** 39, Quai du Mont Blanc, Genève (Schweiz).

Goldgrube in Deutschland!

Ein neues Geschäfts-Grundstück in mittl. Stadt, m. freiw. gr. Wohnung u. Drogengesch., erstes und größtes am Platze, viel Keller- und Nebenr., gr. Lager, kann außerd. noch and. Geschäft eingerichtet **werden** (Getreide- od. Fuhrwerksgesch.), ist gegen eine **Landwirtschaft** von zirka 200 Morg. mit gut. Wohnhaus **zu vertauschen.**

Außerdem habe **Hausgrundstück** mit 16 Morg. Land, neue Gebäude, elektr. Licht, in groß. Dorfe gelegen, **Hausgrundstück** mit 2 Morg. Obstgarten und etwas Pachtland, gute Gebäude, in Kleinstadt gegen **Landwirtschaft** zu vertauschen, evtl. w. zugez. Offerten bitte 1000 Mk. Rückporto beifügen.

R. Neumann, Jastrzębie, p. Drzeńin, Pom.

Futterkartoffeln

sofort ab **Poznań** billig zu **verkaufen.** Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Harmonium

zu verkaufen 10 Register, gediegene Ausführung, prachtvoller Ton

Paszkiet, Skarbowa 14, II.

Deutschtumsbund, Abteilung Frauenbund.

Donnerstag, den 25. 1. 23, nachmittags 5 Uhr:

„Wie schaffe ich meinem Kinde ein sonniges Elternhaus?"

Im Sitzungszimmer des Deutschtumsbundes,

Waly Leszczyńskiego 2.

Eintritt frei. 5110

Suchen Sie Käufer

auf Ihr Gut, Landwirtsch., Hausgrundstück, Hotel, Geschäft usw., dann wenden Sie sich vertrauensvoll an die gerichtlich eingetragene offene Handelsgesellsch. **von Neyman & Co.,** Zentrale: **Poznań 1.** Piekary 5.

Tel. 3975. [436

Den An- und Verkauf von Gütern und städtischen **Grundstücken**

besorgt wie n. norm. Bedingung.

Güter-Agentur „Okazja",

ul. Wrocławska 20 (fr. Breslauerstr.).

Maskenkostüm

zu leihen gesucht. Off. u. **S. 5125** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Wohnungen

Gut möbl. Zimmer

per sofort oder 1. 2. 23 zu vermieten. **Poznań, ulica Poznańska 56, II. links.**

Suche stets möblierte, auch unmöblierte

Zimmer, ferner **Wohnungen**

von 1 bis 10 Zimmern mit Möbeln oder ohne Möbel.

„Okazja", ul. Wrocławska 20 (fr. Breslauerstr.).

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 23. 1., abends 7 Uhr: **„Die Entführung aus dem Serail",** Komische Oper von W. A. Mozart.

Mittwoch, den 24. 1., abends 7 Uhr: **„Die Fledermaus",** Komische Oper von J. Strauß (Premiere).

Freitag, den 26. 1., abends 7½ Uhr: **„Die Fledermaus",** Komische Oper von J. Strauß.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Görski im Hotel Monopol Ecke ul. Fredry und Sew. Mielżyńskiego.

KINO Colosseum

św. Marcin 65.

Vom 22. bis 29. Januar:

Die Frauen des Harry Bricourt.

6 Akte praktisch erprobter Methoden zur Bekehrung untreuer Ehemänner.

Allen Auswandernden

die sich ein **schönes Andenken** mitnehmen möchten, empfehlen wir einige unserer **illustrierten Verlagswerke** wie **gebundene Jahrgänge** von:

„Aus dem Ostlande"

sowie **Einzelhefte;** ferner

„Jugendland" (illustriert)

und noch andere Werke, welche in unserem **Hauptbüro** zur Einsichtnahme und Auswahl vorliegen.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., Poznań,

ul. Zwierzyniecka 6 (fr. Tiergartenstr.).

Treibriemen

Leder, Kamelhaar, Hanf

Sander & Brathuhn

Poznań ul. Seweryna Mielżyńskiego 23. Telef. 4019

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 22. Januar.

Gemeindewahlen im ehem. preußischen Teilgebiet.

Im Laufe des Monats Februar finden in den Dörfern des ehem. preußischen Teilgebiets die Gemeindewahlen statt. Die Wählerlisten liegen vom 15. Januar bis 1. Februar aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Listen müssen bis spätestens zum 1. Februar erhoben werden. Die Wahlen müssen bis zum 1. März d. Js. vollzogen sein. Bei der Wichtigkeit dieser Wahlen werden die deutschen Wahlberechtigten dringend aufgefordert, sich davon zu überzeugen, ob ihre Namen in den Listen enthalten sind, verneinendenfalls aber von ihrem Einspruchsrecht Gebrauch zu machen.

Protestversammlung gegen die Holzausfuhr.

Die Tischlerinnungen und die Holzfabrikanten hielten Sonntag mittag von 12 Uhr ab unter dem Vorsitz des Baumeisters, Stadtrats Frankiewicz, eine zahlreich besuchte Protestversammlung gegen die Holzausfuhr ab, der u. a. auch ein Vertreter der Wojewodschaft und der Posener Handelskammer, sowie zahlreiche Vertreter der Tischlerinnungen aus der Provinz beiwohnten.

Als erster Redner beleuchtete Tischlermeister Libera die unhaltbaren Zustände, die durch die Holzausfuhr entstanden sind und der Holzindustrie und dem Gewerbe eine Katastrophe drohe. Man erhalte im ehemals preußischen Teilgebiet selbst für schweres Geld kein Holz mehr. Die Waldbesitzer und die Kapitalisten, die sich mit dem Handel befassen, hätten große Reichtümer erworben, während es dem einfachen Handwerker heute nicht mehr möglich sei, die nötigen Rohstoffe zu kaufen. Wie sehe es weiter in den Familien aus? Heute koste ein einfaches Bett 100 000 M. und die Anschaffung des Mobiliars für die Töchter, die sich verheiraten wollen, sei für die breiten Volksmassen unmöglich. Der Redner ging dann auf die Verhandlungen ein, die zwischen der Tischlerinnung und der Handelskammer stattgefunden haben. Einzuwenden wäre nichts gegen eine Ausfuhr von Holz im schon bearbeitetem Zustande. Denn das gebe den Handwerkern und Arbeitern Verdienst. Gefordert werden müsse eine Sequestration des Holzes und die Festsetzung eines Einheitspreises.

Nach einer längeren Aussprache, an der sich u. a. die Gewerkschaftssekretäre Kowalewski und Adamek beteiligten, wurden folgende Leitsätze angenommen, denen zufolge eine viergliedrige Kommission sich nach Warschau begeben und mit den maßgebenden Stellen in Verhandlung treten soll, bei denen folgendes gefordert wird: 1. Sofortiges Verbot der Holzausfuhr; 2. Sequester der Holzbestände und Schutz der Waldungen; 3. Festsetzung eines Höchstpreises; 4. hohe Zölle für die Ausfuhr des Rohmaterials in beschränktem Maße; 5. freie Ausfuhr von bearbeitetem Holz (Möbel u. dgl.); 6. auswärtigen Gesellschaften (Belgiern, Holländern usw.) soll der Erwerb von Waldbeständen untersagt werden; 7. Einsetzung einer Kontrollkommission.

Dann sprach noch Herr Wolniewicz von der Handwerkskammer über die Finanzierung einer Genossenschaftsbank und Gründung von Holzeinkaufsgenossenschaften.

Wünsche der Holzverarbeitungsindustrie.

Der katastrophale Mangel an Rohholz sieht die ausgedehnte Holzindustrie des Bezirks Bromberg—Schulitz und des Netzedistrikts vor der drohenden Gefahr, die Betriebe schließen zu müssen, wenn nicht durch eine schnelle, durchgreifende Maßnahme der Regierung der baldige Erwerb von Verarbeitungsmaterial gesichert wird. Um dies zu erreichen, weilte eine Abordnung der um Bromberg, Nakel und Thorn gelegenen zahlreichen Holzverarbeitungswerke in Warschau, wo sie von den zuständigen Ministern gehört wurde. Über den Verlauf und das Ergebnis der Audienzen wird im „Dziennik Bydgoski" ausführlich berichtet:

Es kam der Abordnung darauf an, zu erreichen, daß der Holzindustrie der genannten Gebiete aus den um Thorn und Bromberg gelegenen Staatswäldern wie bisher genügend Rohholz zur Verarbeitung geliefert werden möge, und zwar „aus freier Hand" und möglichst unter Gewährung von Krediterleichterungen. Der Abordnung gesellte sich der Abgeordnete für den Wahlbezirk Bromberg, Bigoński, und der Hauptaktionär der Firma „Pacific" in Crone a. Brahe hinzu.

Als erster empfing der Landwirtschaftsminister Raczyński die Abordnung. Der Minister bemerkte u. a., daß ein besonderer Sejmbeschluß es ihm verbiete, Holz aus den Staatsforsten freihändig zu verkaufen. Nur der Versteigerungsweg sei zulässig. Ihm wurde entgegnet, daß, falls heute eine ablehnende Antwort durch die Regierung erteilt werden würde, die Holzverarbeitungsfabriken, Sägewerke usw. des Netzebezirks schon im Januar nacheinander schließen müßten, wodurch Tausende von Arbeitern auf die Straße gesetzt werden würden. Zum Schluß erklärte der Minister, daß er einige Holzvorräte in den Staatsforsten zur Verfügung habe, und daß er versuchen wolle, die bedrängte Industrie damit vor dem Schlimmsten zu bewahren. Hierzu sei jedoch die Genehmigung des Finanzministers notwendig. Er werde die Sache dem engeren Wirtschaftskomitee des Ministerrats vorlegen, und er hoffe, daß die Angelegenheit im Sinne der Antragsteller geregelt werden würde.

Darauf empfing der Minister für Arbeit und sozialen Schutz, Tarowski, die Kommission. Er hob hervor, daß er nicht zulassen könne, daß soviel Menschen schuldlos arbeitslos auf die Straße gesetzt werden sollten. Das Holz aus den Staatsforsten sei nicht allein dazu da, in seiner Gesamtheit ins Ausland ausgeführt zu werden, sondern es müsse auch der Befriedigung der Materialbedürfnisse der Landesindustrie dienen und dem inländischen Unternehmer, sowie dem Arbeiter Arbeits- und Verdienstmöglichkeit geben. Er persönlich glaube auch nicht, daß die durch die Holzexport-Kaufleute gewonnenen Summen auf den Inlandsmarkt zurückkehren, und er befürchte, daß die durch die Holzausfuhr erworbenen fremden Valuten in Gestalt von Dollar, Pfunden usw. wieder ins Ausland gehen. Er könne der Abordnung seine tatkräftigste Unterstützung zusagen.

Der nächste Besuch galt dem Handelsminister Straßburger. Der Minister hatte vor einiger Zeit Bromberg besucht und die Hauptarbeitsstätten dort persönlich kennen gelernt. Damals hatte er versichert, daß die große Industrie Brombergs in ihm stets ihren wärmsten Förderer sehen könne. An diese Zusage erinnerte die Abordnung. Sie hatte aber den Eindruck, daß der Minister den Wünschen der Bromberger nicht sehr geneigt sei. Er meinte, von einem Holzausfuhrverbot könne keine Rede sein. Die Abordnung erwiderte, daß ihr ein derartiger Gedanke ebenfalls fernläge, und daß es sich lediglich um die augenblickliche Befriedigung der inländischen Industrie handle.

Der nächste Besuch sollte dem Finanzminister Jastrzębski gelten, doch ließ sich dieser, da er kurz vor seinem Rücktritt stand, nicht sprechen. Sein Vertreter dagegen empfing die Abordnung und versprach, seine ganze Kraft im Sinne der Wünsche einzusetzen.

Als letzter wurde der Ministerpräsident General Sikorski aufgesucht. Es zeigte sich, daß er die betreffenden Landstriche genau kannte. Er versprach ebenfalls alles zu tun, was in seinen Kräften stehen würde. Als er auf die Dringlichkeit der Sache aufmerksam gemacht wurde, teilte er mit, daß ihre Angelegenheit noch am Nachmittag desselben Tages im Ministerrat zur Sprache gebracht werden würde.

Der Bericht schließt mit der nachträglich eingelaufenen Meldung, daß die Frage der Versorgung der Holzindustrie Posens und Pommerellens sich bereits auf dem Wege zu einer günstigen Lösung befinde.

Eine blutige Familientragödie

hat sich Freitag nachmittag 5 Uhr in dem benachbarten Główno im Hause ul. Główna 13 (fr. Glownoer Str.) abgespielt, indem der 36jährige unverheiratete Schutzmann Stanisław Wolny aus Gnesen seinen eigenen Bruder, den 30jährigen Bernhard Wolny, durch zwei Revolverschüsse niederstreckte, so daß der Tod auf der Stelle eintrat, darauf seine 68jährige Mutter durch einen Schuß in den Kopf schwer verletzte und schließlich sich selbst durch einen Schuß in den Kopf ebenfalls eine lebensgefährliche Verletzung beibrachte. Dem blutigen Vorgange lagen folgende Verhältnisse zugrunde:

Stanisław Wolny lebte mit seinem Bruder Bernhard und seiner Mutter deshalb im Streit, weil die letztere ihr Haus ul. Główna 31 ihrem jüngeren Sohne überlassen wollte, während er selbst mit einem Betrage von 100 000 Mark in bar abgefunden werden sollte. Am Donnerstag hatte sich Stanisław Wolny von seiner vorgesetzten Dienstbehörde in Gnesen nach Główno beurlauben lassen. Freitag nachmittag wollte die Mutter mit ihren Söhnen über die bezahlten Mieten usw. abrechnen, als Stanisław Wolny plötzlich seinen Dienstrevolver zog und damit auf seinen Bruder Bernhard, der am Tische saß, zwei Schüsse abgab, die diesen sofort töteten. Dann gab er einen dritten Schuß auf die Mutter ab, der ihr in die linke Schläfe drang und das linke Auge so schwer verletzte, daß es auslief, und dann rechts aus dem Kopfe herausging. Nunmehr schoß sich der Täter selbst eine Kugel in den Kopf, die ihn besinnungslos machte und seine Überführung in das Posener Stadtkrankenhaus bedingte. Hier kam er am Sonnabend für eine kurze Zeit wieder zur Besinnung und erklärte, daß er die Tat mit voller Überlegung ausgeführt habe, weil er von seinen Angehörigen übervorteilt werden sollte. Bisher steht aber noch nicht fest, ob er mit dem Leben davonkommen wird, da die Kugel eine lebensgefährliche Verletzung verursacht hat; er hat inzwischen wieder seine Besinnung völlig verloren.

× **Polnische Fünfzigtausendmarkscheine.** Am 25. Januar wird die Polnische Landesdarlehnskasse 50 000 Mark-Scheine in den Verkehr bringen. Die neuen Scheine zeichnen sich durch sorgfältige Ausführung aus, haben fast dieselbe Größe wie die Banknoten zu 10 000 Mk. und sind in grün-bronzenen Pastellfarben gehalten. Sie sind in der Staatsdruckerei angefertigt worden.

Erhöhung des Salzpreises. Das Finanzministerium teilt mit: Im Laufe des Januar sind die Erzeugungskosten für Salz in den staatlichen Unternehmungen, die unter der Leitung der Hauptdirektion der staatlichen Gruben- und Hüttenwerke stehen, um 200 bis 250 Prozent gestiegen; die Kosten für 1 Tonne Sole von 95 000 auf 350 000 Mark und die Kosten für 1 Tonne Steinsalz von 50 000 auf 150 000 Mark. Deshalb sieht sich das Finanzministerium gezwungen, die Salzpreise um 150 Prozent zu erhöhen.

Ueber die Verwendung von Stempelmarken bei Anträgen an Behörden besteht immer noch Ungewißheit. Verschiedene Bürger, die Eingaben an Staatsbehörden gerichtet hatten, hatten die erforderlichen Stempelmarken selbst entwertet und mußten deshalb den Stempelbetrag nochmals zahlen. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Entwertung der Stempelmarken nur durch die Behörde zu erfolgen hat, an die die betreffende Eingabe eingereicht wird. Bereits entwertete Marken werden von dieser als ungültig betrachtet.

Miljonówkaziehung. In der letzten Ziehung gewann das Los Nr. 2 974 060, das von der polnischen Landesdarlehnskasse in Lemberg verkauft worden war.

Im Großen Theater wird am Dienstag, 23. Januar Mozarts „Entführung aus dem Serail" unter der musikalischen Leitung des Direktors Stermich und mit Frau Dębicka Stermich in der Rolle der Konstanza wiederholt. Den Osmin singt in dieser Aufführung Herr Urbanowicz. — Am Mittwoch, 24. d. M. wird im Großen Theater zum ersten Mal Johann Strauß' „Fledermaus" gegeben. Musikalische Leitung: Dir. Stermich. Spielleitung: Herr Czapelski und Herr Tarnawski. Adele ist Frl. Fontanówna, Rosalinda Frl. Zamorska, Orlowski Frl. Lenczewska. Die männlichen Hauptrollen liegen in den Händen der Herren Malawski (Eisenstein), Ostoja (Blind), Popiel (Dr. Franke), Romejko (Dr. Falke), Tarnawski (Frosch), Woliński (Alfred). Die Operette wird in Kostümen der Biedermeierzeit gegeben. — Vorverkauf der Eintrittskarten findet in der Zigarrenhandlung von Górski (Hotel Monopol) statt.

Das für heute, Montag, angekündigte Konzert von Alma Moodie wird wegen Erkrankung der Künstlerin verschoben.

Deutsche Vortragsveranstaltungen. Der nächste Vortrag von Pastor Lic. Schneider über „Die geistige Lage der Gegenwart und ihr Verhältnis zur Religion" findet am Dienstag, dem 23. d. Mts., 7¼ bis 8 Uhr abends im Evangelischen Vereinshaus statt. — Der nächste (7.) Buddhismusvortrag des Superintendenten Rhode findet am Dienstag, dem 23. d. Mts., nachmittags 6 Uhr im Evangelischen Vereinshaus statt. — Die nächsten Vorträge der Reihe „Polen" sind: Mittwoch, den 24. Januar, abends 8 Uhr im Evangelischen Vereinshaus „Das Land" (Studienassessor Schittel), Mittwoch, den 31. Januar, „Der Staat" (Assessor Meyer), Mittwoch, den 7. Februar, „Recht und Rechtsgang" (Assessor Meyer).

** **Ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Fuhrwerk** erfolgte gestern abend 6¾ Uhr vor dem Hause ul. Dąbrowskiego 41 (früher Gr. Berlinerstraße), als die Straßenbahn Linie 8 vorüberfuhr, gingen die Pferde eines dort haltenden Fuhrwerks

Schöpferische Erkenntnis.

Von Alfred Richard Meyer.

Die Schule der Weisheit in Darmstadt, ihr Streben nach Weltanschauung und Lebensgestaltung, ihr „Philosophischer Almanach 1923" von Otto Reichl, die Autoren um den Grafen Hermann Keyserling: Leopold Ziegler, Otto Flake, Gerhard von Mutius, Erwin Rousselle, Paul Feldkeller, Rudolf von Delius, Alexander von Gleichen-Rußwurm — dieser moderne deutsche Geisteskomplex hat sich, aller Kritik und Ironie zum Trotz, über seine ersten Anfänge hinaus, zu einer Welteinschätzung entwickelt, die man philosophisch am besten: Schöpferische Erkenntnis nennen kann. Wenn dies zugleich der Titel des neuesten Keyserling-Buches ist, das sich als Einführung in die Schule der Weisheit bezeichnet und darüber hinaus folgende Hauptthemen behandelt: Morgenländisches und abendländisches Denken als Wege zum Sinn — Sinn und Ausdruck in Kunst und Leben — Die Kultur des Sich-Leichtmachens — Antikes und modernes Weisentum — Die Symbolik der Geschichte, Politik und Weisheit —, so wird selbst ein Laie die Vertiefung des Weges, seine Ausstrahlung ahnen, der einst mit dem „Reisetagebuch eines Philosophen" begann und von Gegnern als allzu snobistisch kritisiert wurde.

„Als Gottes Atem leiser ging,
Schuf er den Grafen Keyserling —"

spöttelte ein Schüttelreim. Theorie und Praxis schienen in Darmstadt in seltsamem Widerspruche zu stehen, als man den Inder Rabindranath Tagore zu Gaste lud. Zwei neue Namen, die gewiß nicht als Schüler gelten können, erwiesen mit einem Schlag die Lebensfähigkeit, Lebensnotwendigkeit dieser geistigen Gemeinschaft über ihren Anreger hinaus: Leopold Ziegler mit seinen beiden Büchern „Gestaltwandel der Götter" und „Der ewige Buddha", ein Tempelschriftwerk in vier Unterweisungen (wie Keyserlings Bücher ebenfalls Verlag Otto Reichl, Darmstadt), und Otto Flake mit „Das neuantike Weltbild" (Reichl, Darmstadt) und seinen „Deutschen Reden" (Verlag Die Schmiede, Berlin W. 50). Seit Flakes fünf Heften „Dinge der Zeit" (Roland-Verlag, München) wußte man, daß dieser bisher als geschmackvoller, origineller Romanschreiber und Vermittler französischen Geistes bestens bekannter Elsässer für Deutschland ein Essayist und Philosoph außerordentlicher Eigenart werden mußte. Ein strikter Bekenner zur Republik erhob er im „Neuen Merkur", in der „Weltbühne", in der „Neuen Rundschau", scheinbar ganz auf das Aktuelle eingestellt, seine Stimme. Und er sagt von sich selbst: „Die Aufsätze wurden für den Tag geschrieben, in dem Sinn, daß der Tag das schuldig blieb, was man von ihm verlangen durfte." Politik stellte einen politisch-philosophisch bewegten Kopf über die Parteien und brachte ihn in höherem philosophischen Sinne schließlich in die geistige Nachbarschaft von Keyserling. Vergangenheit und Gegenwart, schöpferische Erkenntnis aus diesen Problemen, von allen nur erdenklichen Seiten angefaßt, sprechen schon aus den Titeln der Bücher von Keyserling, Flake, Ziegler — ohne daß sich hier auch nur annähernd kongruente Abhandlungen nach einem bestimmten Lehrrezept ergäben. Die Darmstädter Schule der Weisheit mit ihrer gewiß nicht allzu glücklichen, oft mißgedeuteten Benennung tritt hinter diese drei Persönlichkeiten zurück, ja —, sie gibt ihnen noch nicht einmal eine Folie. Von Weltheiligung, Sühnewirkung, Sinndeutung der Griechen, vom Mythos Mittlergott und Religion der Seele geht der Philosoph Ziegler aus; Flake kommt von Perspektiven zur normativen Philosophie und zur unoptimistischen Erziehung. Beide erweisen Keyserlings Behauptung einer neuen schöpferischen Erkenntnis; beide zeigen Wege zu Weltanschauung und Lebensgestaltung, fern jedem Formelwust des überlieferten Akademischen. Rein praktisch wird hier eine Schule der Weisheit offenbar, ohne Doktrin, aus der Zeit für die Zeit, darüber hinaus für die Zukunft geboren. Reichls Philosophischer Almanach 1923 führt diese Grundlinien aus, die hier, des beschränkten Raumes wegen, nur im Allernacktesten, Primitivsten ganz unwissenschaftlich angedeutet werden können. Der philosophischen Entfaltung entspricht ganz die philosophische Wandlung. Eine neue menschliche Vorstellungswelt entstand in Darmstadt und greift bereits auf die Universitäten über. Mit dem persönlichen Glaubensbekenntnis des Grafen Keyserling sei dieser lediglich hinweisen wollende kurze Aufsatz beschlossen: „Wieder und wieder habe ich darauf hingewiesen, daß das Himmelreich eben dadurch überhaupt wirklich wird, daß es sich auf Erden verwirklicht. Seine Verwirklichung bei uns bedeutet zugleich seine eigene geistige Daseinsdimension. Aber es hat einen uns noch näher angehenden Grund, daß ich die Menschen erdwärts, nicht himmelwärts weise: es gilt die Aufgaben dieser Erde restlos zu erfüllen, weil es hier allein Freiheit gibt. Im Jenseits fallen Freiheit und Schicksal restlos zusammen, da entbehrt der Begriff jener des Sinnes. Dort ist folglich auch keine gewollte Höherentwicklung mehr möglich. Was dort geschehen mag, ist immer nur Ergebnis des Impulses zum Fortschritt, welcher hier angeregt wurde. Dort wirkt sich nur aus, was hier begonnen wurde. Deshalb spricht die indische Lehre wohl wahr damit, daß die Götter als Menschen geboren werden müssen, um über ihr Göttertum hinauszuwachsen. Deshalb haben Christentum und Islam wohl recht damit, daß dieses Leben letztlich entscheidet. Wer die zeitliche Aufgabe ganz erfüllt — der allein wirkt, über die Zeit hinaus, für die Ewigkeit." — Über dem „Können" und „Wollen" steht das „Sein".

Bunte Zeitung.

○ **Ein asiatisches Esperanto.** Die gegenwärtig in Gebrauch stehenden Kunstsprachen haben noch kein hohes Alter und werden vorwiegend auf dem Gebiete der abendländischen Kultur, also Europas und Amerikas gesprochen; aber auch dort nur von einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Personen. Hingegen weist der Orient eine Kunstsprache auf, die bereits auf einen dreihundert Jahre langen erfolgreichen Gebrauch zurückblicken kann und von einigen Millionen gesprochen wird. Diese Kunstsprache heißt „Undu". Sie wurde nicht von einem einzigen Manne erfunden und ausgebaut, sondern von einem ganzen Kollegium von Gelehrten. Ihre Schöpfung wurde von einem Herrscher Indiens, dem Großmogul Akbar, veranlaßt. Die indische Halbinsel wird ja nicht von einer einheitlichen Bevölkerung bewohnt, sondern von einem Völkergemisch, und es sind in Indien nicht weniger als achtzig Sprachen verbreitet. Kaiser Akbar, der ein großes Heer unterhielt, sah sich vor die Notwendigkeit gestellt, seinen aus verschiedenen Stämmen entnommenen Soldaten eine einheitliche Kommandosprache zu geben. Er wählte aber nicht den Ausweg, auf den man im alten Österreich beispielsweise verfallen war, indem man die Sprache eines herrschenden Volksstammes des Reiches allen übrigen als Kommandosprache aufdrängte, sondern ordnete ganz einfach die Zusammenstellung einer eigenen Heeressprache an. Er sammelte einen Stab von Gelehrten, die ihn ständig begleiten mußten, und mit ihrer Hilfe schuf er seine Armeesprache. Die Schriftzeichen hierzu sind dem Arabischen entnommen, die Wortwurzeln der Hindusprache und dem Persischen. Da diese neue Sprache sehr leicht erlernbar und von großem Wohllaut war, drang sie leicht in die Bevölkerung ein. Sie wurde auch von den Europäern bald erlernt. So breitete sich das Undu bald aus über ein Gebiet, das ebenso groß ist wie Europa ohne Rußland, und diese Kunstsprache wird auch heute noch auf der indischen Halbinsel gesprochen.

○ **Negersprichwörter.** Merkwürdige Proben einer anschaulich geformten Lebensklugheit der westafrikanischen Neger bringt das Werk „Die Negerseele" von Delarosse, der sein Material in Französisch-Westafrika gesammelt hat. Er bringt dabei unter anderem folgende Negersprichwörter: „Wenn du siehst, daß der Bart deines Bruders Feuer fängt, begieße den deinen mit Wasser. — Deine Zunge ist dein Löwe, wenn du sie frei läßt, wird sie dich verschlingen. — Es gibt keinen Weg, der zu dem Baum führt, auf dem du nicht auch Früchte bekommst. — Wenn jemand sagt: „Bleiben wir sitzen", so kannst du sicher sein daß so nicht derjenige spricht, dessen Gesäß sich auf einem Ameisenhaufen befindet. — Die Kohle verspottet die Asche. — Tränen kann man nicht erkennen, wenn es regnet.

durch und rannten mit dem Wagen so heftig gegen die Straßenbahn, daß dieser Wagen in drei Stücke auseinanderfiel. An dem Straßenbahnwagen wurden zwei Scheiben zertrümmert und der Vorderperron beschädigt. Glücklicherweise blieben der Kutscher und sämtliche Insassen des Straßenbahnwagens unverletzt.

X **Als Schwarzschlächter überrascht** wurden von einem Kriminalbeamten der 33jährige Arbeiter Pzrukk aus Kongreßpolen und der 18jährige Donaj von hier, als sie in der Nacht zum Sonntag schwer beladen vom hiesigen Bahnhofe kamen. Der Kriminalbeamte begann sich für die beiden sich im Schweiße ihres Angesichts Quälenden zu interessieren und entdeckte, daß sie das Fleisch eines einjährigen Kalbes transportierten. Sie räumten sofort ein, daß sie in Gorzyce im Kreise Koschmin bei einem ländlichen Besitzer das Kalb gestohlen und im benachbarten Walde geschlachtet hatten. Das wertvolle Fell hatten sie weggeworfen.

X **Kindesleichenfund.** Am Sonntag wurde in einem Gemüllkasten in der ul. Kręta (fr. Kohleisstr.) die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts gefunden.

** Diebstahl. Aus einer Bäckerei in der ul. Krasżewskiego 15 (fr. Hedwigstr.) wurde ein Zentner Mehl im Werte von 80 000 Mk. gestohlen.

X **Eine Diebesbeute im Werte von vielen Millionen Mark** ist Polizeibeamten bei einer Haussuchung in die Hände gefallen. Es handelt sich um neue Waren, die offenbar aus einem Geschäft gestohlen worden sind, und zwar ein Stück rotes und ein Stück weißes Inlett, zwei Stücke schwarzes Tuch, ein Stück schwarzen Satin, 1 Stück dunkelblauen Voile, ein Stück rosa, schwarzen, rotes und grünen Voile, fünf Knäuel Gummistrumpfband und 1 Stück grauer Flausch. Die Sachen können im Zimmer 4 der Kriminalpolizei besichtigt werden.

---

* **Berent**, 14. Januar. In der Weihnachtszeit hat hier das Herumziehen von sog. Christmännern und jetzt zu Heil. drei Königen das Umhergehen von Kindern und halberwachsenen Personen in der Verkleidung als Heil. Könige schier überhand genommen. Natürlich geschehen diese Umzüge nur um Gaben zu erbetteln, gelegentlich auch zu stehlen. Man konnte trotz des Alkoholverbots am Silvesterabend Kinder von etwa 10 bis 12 Jahren vollständig betrunken auf den Straßen bemerken, was beweist, daß das erbettelte Geld vertrunken und vernascht wird. — Eine Zollinspektion und ein Zollamt sind hier mit dem 1. Januar errichtet.

* **Graudenz**, 14. Januar. Durch das leidige Spielen mit Explosivkörpern ereignete sich am Mittwoch mittag ein erschütternder Unglücksfall. Einem Knaben, der eine Militärpatrone gefunden hatte und daran herumhantierte, explodierte in der Oberthorner Straße das Geschoß und zerschmetterte ihm fast die ganze recht Hand so daß der Junge ein Krüppel geworden ist.

* **Bromberg**, 15. Januar. In der letzten Zeit sind in der alten katholischen Pfarrkirche mehrmals Opferstöcke samt Inhalt entwendet worden. Es gelang nunmehr, die Täter zu ermitteln. Es handelt sich, der „Deutsch. Rundschau" zufolge, um die Putzfrauen Władysława und Franciszka M., Mutter und Tochter. Beide wurden verhaftet.

* **Czersk**, 15. Januar. Der hier am Orte erscheinende „Goniec Pomorski", den bisher eine Aktiengesellschaft besaß, ist durch Kauf in die Hände von Boleslaus Kielbratowski übergegangen. Dieser war zuletzt als Redakteur beim „Pielgrzym" tätig. An der Spitze der bisherigen Aktiengesellschaft stand der katholische Pfarrer Sprengel. Die Zeitung sollte ein Gegengewicht gegen das hier erscheinende Organ „Głos Ludu" bilden, um maßlose Ausfälle gegen verschiedene geachtete Persönlichkeiten abzuwehren. Die Zielscheibe dieser Ausfälle bildeten hauptsächlich der hiesige katholische Pfarrer Sprengel und der Richter Dr. Grafe.

* **Culm**, 18. Januar. In einer Zuschrift aus Culm, gerichtet an das „Sł. Pom.", beklagt sich der Einsender darüber, daß aus dem Kreise Culm Vieh in ganzen Waggonladungen durch Händler aus anderen Teilgebieten weggeführt werde. Infolgedessen seien die Preise für Rindfleisch unerhört hoch. Für ein Pfund Rindfleisch müsse man 1000—1500 M., für ein Pfund Rindertalg 3000—3500 M. zahlen. Die Fleischer versichern tröstend, daß dies erst der bescheidene Anfang einer Teuerungswelle sei, da ihrer Ansicht nach bald kein Schlachtvieh mehr käuflich sein werde. Schweinefleisch koste bereit 1800—2500, Butter 3000 M.

p **Dratzig**, 21. Januar. In der Nacht zum Sonnabend ist in die hiesige katholische Kirche ein Einbruchsdiebstahl verübt und gestohlen worden: ein vergoldeter Kelch, eine vergoldete Patene, eine silberne Oelbüchse und eine Geldtasche mit 6000 Mark.

* **Löbau**, 18. Januar. Die Staatspolizei hat Butterschiebern wiederholt ganze Ladungen dieses köstlichen Fettes abgenommen. Die Folge davon war, daß die unerwünschten Liebhaber für diesen Artikel Löbau seit einiger Zeit in weitem Bogen umgehen. Der Butterpreis ist hierauf, nach einer Zuschrift an das „Sł. Pom.", auf 2000—2500 M. gefallen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau**, 18. Januar. Dem „Kurjer Poranny" zufolge sind in den letzten Tagen wieder mehrere Händler dingfest gemacht worden, die falsche Brillanten zu verkaufen versuchten. Ein gewisser Menachim Arbesfeld aus Bilgoraj war von einem Unbekannten mit acht falschen Diamanten angeschmiert und dadurch um $2^1/_2$ Millionen Mark geschädigt worden. In Begleitung eines Detektivs durchwanderte er schon wochenlang das Judenviertel, um den Fälscher wiederzufinden. Seine Bemühungen waren auch schließlich von Erfolg gekrönt. Zufällig erkannte er den Betrüger in einem gewissen Berek Graff wieder, bei dem durch eine Leibesvisitation ein Säckchen mit 25 weiteren falschen Diamanten zutage gefördert wurde. Ferner fielen in die Hände der Polizei noch zwei „Händler", namens Herszka Ekajcer und Moszka Bolle, bei denen 15 falsche Diamanten beschlagnahmt werden konnten.

Aus Ostdeutschland.

* **Braunsberg**, 20. Januar. Eine riesige Kiefer wurde vor einigen Tagen im Stadtwald eingeschlagen. Die Kiefer, etwa 220 Jahre alt, hat eine Länge von 24 Metern, einen Mitteldurchmesser von 0,78 Meter und rund 10 Festmeter.

* **Elbing**, 13. Januar. Der erste weibliche Schöffe trat bei dem Elbinger Schöffengericht in Tätigkeit. Es war dies Stenotypistin Frl. Hedwig Wurch aus Elbing.

* **Kreisau**, 11. Januar. Nachdem schon vor zwei Jahren die Moltkegruft in Kreisau erbrochen worden war, ist in der Nacht zum vergangenen Freitag abermals ein Einbruch in diese Gruft verübt worden. Die Einbrecher suchten aber auch diesmal vergeblich nach Schätzen. Zwei Särge, auch der des Feldmarschalls, wurden der „Schweidnitzer Tägl. Rdsch." zufolge von den Einbrechern geöffnet, nachgesehen oder durchsucht und dann wieder geschlossen. Die Schrauben, mit denen die Särge verschlossen waren, sind entwendet worden. Von den Dieben fehlt bisher jede Spur.

* **Schneidemühl**, 15. Januar. Bei Stöwen wurde der 53jährige Bahnwärter K. von einem Zuge überfahren und auf der Stelle getötet. Dem Unglücklichen wurden beide Beine abgefahren und der Kopf zermalmt.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Urteil gegen die Schuldigen der Putziger Katastrophe.

Dienstag abend wurde vom Admiralitätsgericht in Putzig das Urteil in dem Prozeß gegen die Verschulder des Bombenunglücks in Putzig am 15. August v. Js. gesprochen. Der Militärbeamte Witkowski wurde zu einem Monat, der Flugplatzleiter Major Kacziński zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigesprochen. — Vom Gericht ist gegen dieses Urteil Berufung eingelegt worden.

* **Stargard**, 19. Januar. Am 15. d. Mts. fand vor der hiesigen Strafkammer die Verhandlung gegen die berüchtigte Räuberbande Koß statt, die seinerzeit Raubzüge in fast ganz Pommerellen ausführte. Koß selbst wurde jahrelang wegen Mordes, Einbruchsdiebstahl in 88 Fällen, Notzucht und Urkundenfälschung steckbrieflich gesucht. Als Koß endlich im Karthäuser Kreise ergriffen wurde, durchschnitt er sich die Pulsadern und mußte ins Spital geschafft werden, aus dem er nach 6 Wochen halbgeheilt aus dem ersten Stockwerk entsprang. Er wurde von der Mitangeklagten Bieschka im Walde ganz geheilt und ging wieder seinem Berufe nach. Ergriffen wurde er nachts in einer Scheune. Bei der erneuten Ergreifung wehrte er sich verzweifelt und verwundete drei Personen. Er wurde sodann in das Stargarder Gefängnis übergeführt. Wegen Beihilfe wurde zugleich verhandelt gegen seine Genossen W. Kreft, Jos. Bach, Gertrud Bach und die Bieschka. Der Staatsanwalt beantragte gegen Koß 15 Jahre Zuchthaus, gegen Kreft 7 Jahre, gegen die Bieschka aus Bromberg 9 Jahre, gegen Bach aus Kozewo, Kreis Karthaus, 4 Jahre und gegen Gertrud Bach 5 Jahre. Nach fünfstündiger Verhandlung verurteilte das Gericht Josef Koß zu 8 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der fast zweijährigen Untersuchungshaft. Kreft erhielt 3 Jahre Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft, J. Bach 1 Jahr Gefängnis, Gertrud Bach 2 Jahre Zuchthaus, die Bieschka 4 Jahre Zuchthaus. Diese Strafen können infolge Amnestie unter Umständen verkürzt werden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

W. in B. M. Die von den beiden Rechtsanwälten erteilte Auskunft ist durchaus richtig. Der erste Käufer ist im Rechte. Sie müssen, da im Kaufvertrage das Fallen und Steigen der Valuta nicht berücksichtigt ist, mit der Zahlung einverstanden sein. Wir würden Ihnen unter allen Umständen eine gütliche Einigung vorschlagen, da ein an sich sehr kostspieliger Prozeß zu Ihren Ungunsten ausfallen dürfte.

A. F. in S. 1. Ein halbes Jahr. 2. Das wird von Fall zu Fall entschieden. 3. Ja.

R. in M. Die betreffende Notiz ist für jeden Leser des „Pos. Tagebl." verständlich, wir lehnen deshalb die Beantwortung Ihrer Anfrage ab. Es handelt sich um einen Ausdruck, der in der Heiligen Schrift sehr oft angewandt wird.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 22. Januar 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	85 000—90 000	Felderbsen . . .	85 000— 90 000
Roggen	78 000 - 82 000	Viktoriaerbsen .	110 000—120 000
Braugerste . . .	60 000—64 000	Serradella . .	120 000—140 000
Hafer . . .	60 000- 63 000	Buchweizen . . .	50 000—55 000
Weizenmehl 65 %	135 000—145 000	Fabrikkartoffeln .	—,—
Roggenmehl 70 % (inkl. Säcke)	120 000—126 000	Getreidestroh, lose	16 000— 18 000
		„ gepr.	22 000— 23 000
Weizenkleie . . .	46 000	Heu, lose . . .	13 000— 15 000
Roggenkleie . .	46 000	„ gepr. . . .	17 000— 18 000

Situation unverändert. — Stimmung: ruhig.

= **Erhöhung der ostoberschlesischen Kohlenpreise.** Die [illegible] für Kohlen ostoberschlesischer Gruben sind mit Wirkung vom 17. Januar ab für Grobkohle um etwa 13 000 M. dt., für Kleinkohle um etwa 8500 M. dt. je Tonne erhöht worden.

= **Die deutsche Reichsgetreidestelle** setzte den Preis für ausländischen Weizen auf Grund der Weltmarktpreise zum Lieferungstermin 31. Dezember 1923 auf 49 000 M. für 1000 Kg. fest.

Warschauer Börse vom 20. Januar.

Valuten:

Dollar der Vereinigten Staaten 25 250, 25 700, 25 550
Französische Franken 1725

Devisen:

Belgien	. 1540	Paris	. . 1700, 1735, 1710
Berlin .	. 1 37, 1 34	Prag	. . 730, 720
Danzig	1.35 1.34	Schweiz	. 4960 4825 4830
London	. 117 500, 120 000, 119 000	Wien	. . 40 37
		Holland	. 11 100 10 300
Newyork	. 25 250, 25 600 25 500	Italien	. 1250, 1245

Danziger Mittagskurse vom 22. Januar.

Die polnische Mark in Danzig . . . 78
Der Dollar in Danzig 22 000

Berliner Produktenbericht vom 20. Januar.

Amtliche Produktenbörse, per 50 kg in Mark.

Weizen		Roggenmehl	
märkischer	35 000—36 000	für 100 kg.	87 000—88 000
schlesischer	—	Weizenkleie.	17 000—19 000
mecklenburger . . .	—	Roggenkleie.	17 000—19 000
Roggen		Raps.	4.000—18.000
märkischer	32 000—33 000	Leinsaat	—
pommerscher	—	Hülsenfrüchte	
schlesischer	—	Viktoriaerbsen	55 000—57 000
Gerste		kl. Speiseerbsen	47 000— 60 000
Wintergerste	27 000—28 000	Futtererbsen	—
schlesische	—	Peluschken	—
Hafer		Ackerbohnen	—
märkischer	25 000—25 500	Wicken	—
pommerscher	2[illegible]000—27 500	Blaue Lupinen	23 000—25 000
schlesischer	—	Gelbe	—
westpreußischer . .	—	Serradella	60 000—75 000
Mais		Rapskuchen	21 000— [illegible]
loko Berlin	30 000	Trockenschnitzel	10 000—11 000
frei Hamburg . . .	—	Zuckerschnitzel	15 000—16 000
Weizenmehl		Torfmelasse	6 000— 7 000
für 100 kg	93 000—98 000	Kartoffelflocken	16 500—17 500

Die Tendenz an der heutigen Berliner Produktenbörse war recht uneinheitlich, und allenthalben machte sich eine abwartende Haltung bemerkbar. Das Angebot der Provinz hat sich kaum verstärkt. Bei den wenigen vorliegenden Offerten weichen die Forderungen zum Teil erheblich voneinander ab. Andererseits halten sich auch die Käufer zurück und lassen äußerste Vorsicht walten. Aus alledem ergab sich eine sehr geringe Umsatztätigkeit.

= **Hamburger Cifnotierungen für Importgetreide.** Weizen Manitoba I 13,15 Fl., Mais am. mix. 9,45 Fl., gelb La Plata sacq. 9,50 Fl., lose gesackt, Gerste, Donau 62—63 Kilogr. 9,30 Fl., Roggen Western II 11,15 Fl., La-Plata-Leinsaat 21 Fl., Weizenkleie 7 Fl., Pollards 7 Fl., Kurs 7630—8070.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Ostmaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftsteil: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

